



Helmut Treutlein (Fraktionsvorsitzender), Silke Bayer,  
 Thomas Keck, Sebastian Weigle (stellv. Fraktionsvorsitzende)  
 Dr. Lutz Binder, Suse Gnant, Ulrich Lukaszewitz,  
 Johannes Schempp, Edeltraut Stied.

## Anträge der SPD-Fraktion 2009 - 2013

### Inhaltsverzeichnis

Ideenwettbewerb City-Nord – Aufgabenstellung und Umgang mit dem Einzelhandelsgutachten	3
Industriemuseum – Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 17.07.2007.....	4
Spracherwerb, Sprachkompetenz und Schulerfolg .....	4
Ideenwettbewerb City-Nord – Aufgabenstellungen und Umgang mit dem Einzelhandelsgutachten .....	5
VOF-Verfahren zur Auswahl eines Architekten für den Bau einer 3-Feld-Sporthalle als Ersatz für die Carl-Diem-Halle zur Realisierung in städtischer Eigenregie .....	6
Namensgebung neue Sporthalle im Storlach .....	6
Integration von Flüchtlingen in Reutlingen – Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der „Save-me – Kampagne“ durch die Stadt Reutlingen. ....	7
Erdaushub aus dem Scheibengipfeltunnel – Schienentransport zur Verwertung .....	8
Abbruch Milchwerk – Abschluss und Beendigung der Anwohnerbelastung .....	8
Radfahrentwicklungsplan.....	9
Internetzugänge flächendeckend beschleunigen .....	10
Integrationskonzept – Beteiligung der Bevölkerung.....	11
Cityimmobilienmanagement – Flächen für Einzelhandel.....	11
Internationale Vereine unterstützen – Beschäftigung bei der Stadtverwaltung .....	12
Stadtteilarbeit im Gebiet Storlach, Voller Brunnen, Römerschanze 09/032/02 - Beteiligung des Ausländerrats.....	12
Verbreiterung des Fußgängerüberwegs von der Wilhelmstraße über den Karlsplatz.....	13
Vertretung der Migrantinnen mit deutschem Pass im Integrationsrat Drucksache 09/012/06.....	13
Erweiterung des Teilnehmerkreises beim Mittagessen für 1 Euro in Kindertagesbetreuung und Schulen um die Wohngeldbezieher.....	14
Erhalt der Nahversorgung in der Ortsmitte von Rommelsbach .....	14
Weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung – Ergebnisse und Vorschläge aus dem KELEG-Prozess.....	15
Städtebaulicher Wettbewerb bei der Erweiterung Orschel-Hagen Süd .....	15
Integrationskonzept – Beteiligung der Bevölkerung.....	16
Vertretung des Ausländerrats und des Jugendgemeinderats in den beschließenden Ausschüssen .....	16
Weiterentwicklung des Rathausareals.....	17
Fortbildungen in der Stadtverwaltung.....	18
Mietwohnungsbau auf dem Gelände Christophstraße .....	18
Sanierung des Rathauses .....	19
Kinder- und Familienzentrum Storlach.....	19
Bau einer 3-Feld-Sporthalle als Ersatz für die Carl-Diem-Halle - Realisierung durch die GWG .....	19
Kinder- und Familienzentrum im Storlach.....	20
Aufhebung der Fristsetzung für den Termin der Ausländerratswahl .....	20
Allergien durch Ambrosia – Ausbreitung und Bekämpfung der Pflanze in Reutlingen.....	22
Aufhebung der Ausländerratswahl .....	23

Abriss der Listhalle – städtebauliche Konzeption für das Listhallengelände .....	23
Namenstafel für die auf dem Friedhof Unter den Linden begrabenen 128 KZ-Opfer.....	23
Entwicklung der Schülerzahlen an den Sonderschulen.....	24
Erweiterung Orschel-Hagen Süd – Städtebaulicher Grundvertrag .....	24
Vorschläge für den Nachtragshaushalt.....	25
Infotafel Frankonenstollen .....	26
Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt – Kooperation mit dem Landkreis .....	26
Änderung der Satzung über die Erhebung von Grundsteuer und Gewerbesteuer.....	27
zu GR-Ds. 10/051/01 „Erhöhung der Parkentgelte und Parkgebühren“ .....	27
Änderung der Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer .....	28
Änderung der Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer .....	29
Walter-Gropius-Platz .....	29
City Nord – Standort für Bildung und Wissenschaft .....	30
Arbeiterbildung e.V.....	30
Planie 20-22 – Theaterzentrum – Zwischennutzungen Bauteil F und H .....	31
Hotel auf dem Bruderhausgelände .....	31
Weiterentwicklung Rathaus .....	31
Städtebauliches Sanierungskonzept Planie 20-22 / Urbanstraße 23 2. Spielstätte Die Tonne.....	32
Erweiterung des Wahlrechts und der Wählbarkeit zum Integrationsrat Bestellung von sachkundigen Bürgern als stimmberechtigte Mitglieder des Integrationsrats. ....	33
Parkplätze im Bereich Tübinger Vorstadt.....	34
Ausreichendes Angebot des Stadtverkehrs an Samstagen im Ringelbach.....	35
Integrationskonzept für die Stadt Reutlingen Sachverständige aus dem Integrationsrat .....	35
Historischen Gebäudebestand in Reutlingen sichern .....	36
Wahltermin Integrationsrat gemeinsam mit der Landtagswahl .....	36
Bebauungsplan Moserstraße – Beteiligung sachkundiger Bürger und des Denkmalamtes .....	37
Bund streicht soziale Projekte bei der Städtebauförderung „Soziale Stadt“ .....	37
Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 2010.....	38
Industriemuseum .....	39
Mietzuschuss – Fachberatungsstelle Frauenzentrum .....	39
Satt an Reutlinger Schulen .....	40
Chancen am Bildungsstandort Reutlingen .....	40
Konzept zur öffentlichen Umlegung .....	40
Bebauungsplan Theaterzentrum Planie 20-22.....	41
Interkommunale Leistungserbringung der Städte Reutlingen und Tübingen insbesondere in den Bereichen Rechnungsprüfung sowie Lohn- und Gehaltsabrechnung .....	42
Werkrealschule im Bildungszentrum Nord und in Orschel-Hagen .....	43
Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklungskonzept .....	44
Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklung Ohmenhausen.....	44
Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklung Ohmenhausen.....	46
Öffnungszeiten der Reutlinger Bäder.....	47
Maßnahmenkonzept zur Verkehrsberuhigung Oststadt .....	47
Theaterzentrum.....	47
Leistungen aus dem Bildungspaket des Bundes und Gutscheineheft .....	48
Kinderbetreuung in Reutlingen: .....	48
Bestand sichern, Personal gewinnen .....	48
Zustand der Bäume in der erneuerten Ringelbachstraße.....	50
Kreisverkehr Sondelfinger Straße – Storchstraße - Föhrstraße.....	50
Luftreinhalteung in Reutlingen und Verkehrslenkung und -steuerung.....	51
Luftreinhalteung in Reutlingen und umweltfreundliches Heizen mit Holz.....	51
Luftreinhalteung in Reutlingen und Regionalstadtbahn – verstärkte Wahrnehmung der Reutlinger Interessen bei der Planung.....	52
Starkes Marketing .....	53

Absenkung des Gruppenteilers in der Ganztagesesschule .....	53
Steg Konrad-Adenauer-Straße und Rampe – interfraktioneller Antrag.....	54
Vom Verkehr entlasten.....	57
Koordination der Belegung städtischer Hallen und der Stadthalle .....	57
Bebauungsplan Gminderstraße-Gutenbergstraße.....	58
Sicherheit für Radfahrer auf der Güterbahnhofbrücke.....	58
Wartezeiten der Fußgänger an den Ampeln der Innenstadt .....	59
Schwerpunkte im Verkehrsentwicklungsplan.....	59
Verkehrsentlastungskonzepte im Zusammenhang mit dem Scheibengipfeltunnel - vorrangige Bearbeitung .....	60
Spendhausstraße 7 – Neubebauung und Nutzung durch VHS .....	60
Sanierung Rathaus.....	60
Städtebaulicher Wettbewerb Areal Listhalle.....	61
Weiteres Verfahren Verkehrsentwicklungsplanung.....	61
Bürgerbeteiligung bei der Planung Regionalstadtbahn .....	62
Bebauung ehemalige französische Liegenschaften.....	62
Fortführung der für den Stadtteil wirksamen 25%-Stelle Schulsozialarbeit an der Hermann- Kurz-Schule.....	63
Fortführung von Stadtteilbüro und Gemeinwesen orientierter Arbeit in der Tübinger Vorstadt.....	63
Fußgängerzone in der Metzgerstraße .....	64
Beschleunigung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt.....	64
Gemeinschaftsschulen in Reutlingen – .....	65
Eduard-Spranger-Schule und Gerhard-Hauptmann-Schule gemeinsam mit der Hermann-Hesse- Schule .....	65
Nutzung der Dorfschule Ohmenhausen für die Vereine und die Volkshochschule.....	66
Schulentwicklungsplanung.....	66
Interkommunales Gewerbegebiet am Südbahnhof .....	67
Regionalstadtbahn voranbringen.....	68
Parkraumkonzept für Orschel-Hagen.....	68
Einrichtung einer Dauerausstellung im Haus am Gerbersteg, Willy-Brandt-Platz 21, zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft .....	68
Vorrang für Fußgänger beim Zugang zum Stadtzentrum .....	69
Kurzstreckentarif im Stadtverkehr .....	70
Zeitplan zur Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt .....	70

## **Ideenwettbewerb City-Nord – Aufgabenstellung und Umgang mit dem Einzelhandelsgutachten**

10.01.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Einzelhandelsuntersuchung Innenstadt durch die Firma GfK GeoMarketing GmbH wird beim Ideenwettbewerb City-Nord als Bestandteil der Arbeitsmaterialien und nicht als bindende Grundlagenanalyse verwendet.**

**Als Bestandteil der Aufgabenstellung zum Ideenwettbewerb City-Nord wird der Flächenbedarf zur Anbindung der Stadtbahn ins Echaztal an die Bahnlinie Tübingen-Stuttgart aufgenommen.**

Es war Aufgabe des Gutachters detailliert zu prüfen, „ob und wie viel Einzelhandelsflächen - hinsichtlich der Quantität und Qualität - in der „City-Nord“ mit Ziel zugelassen werden können, die bestehende Einzelhandelsstruktur in der Altstadt zu ergänzen und zu stärken.“ Diese Aufgabe hat der Gutachter nicht gelöst sondern lediglich in Bezug auf die angenommene Wirkung eines Einkaufszentrums, dessen Größe mit einem Mindestflächenbedarf beantwortet wurde, begutachtet.

Zur Einschleifung der Stadtbahn in Richtung Engstingen muss im Gebiet des Bebauungsplans City-Nord der beste Ort und der notwendige Flächenbedarf berücksichtigt werden. Als Variante ist neben der Gleisführung durch die Gartenstraße auch die Anbindung über den Ledergraben zu prüfen.

### **Industriemuseum – Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 17.07.2007**

24.01.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Verwaltung unterbreitet dem Gemeinderat einen Beschlussvorschlag zur Umsetzung der Konzeption des Industriemuseums entsprechend dem Beschluss des Gemeinderats vom 17.07.2007.**

Nach Vorliegen des Einzelhandelsgutachtens ist eine Entscheidung über die Umsetzung im Rahmen der weiteren Beratung des Bebauungsplans City-Nord möglich.

### **Spracherwerb, Sprachkompetenz und Schulerfolg**

24.01.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Qualifikation der Sprachkompetenz der Eltern mit Kindern in der frühkindlichen Betreuung und im Kindergartenalter. Als ein Element werden kostenlose Sprachkurse für Eltern angeboten. Die Verwaltung stellt die bestehenden Angebote und ihre Finanzierung dar und untersucht Möglichkeiten für die Finanzierung erweiterter Angebote.**

**Die Stadtverwaltung lädt Fachleute für den Spracherwerb und für den Zusammenhang von Sprache und Schulerfolg zu einer gemeinsamen Sitzung von Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss und Ausländerrat ein, als Grundlage für ein Reutlinger Konzept zur Unterstützung des Sprachlernens.**

Die Sprachkompetenz ist ein wesentlicher Faktor für den Schulerfolg. Defizite in der Sprachkompetenz sind neben sozialen Faktoren dafür verantwortlich, dass an Gymnasien und Realschulen viel zu wenig Kinder erfolgreich sind, deren Familien einen Migrationshintergrund haben.

Für den primären Spracherwerb und die emotionale Bindung des Kleinkinds ist der Gebrauch der Muttersprache existenziell wichtig. Fachleute weisen auf die große Bedeutung dieser frühkindlichen Kommunikation hin. Schulerfolg setzt den gelungenen Erwerb der eigenen Muttersprache voraus.

In der Zeit danach wird es jedoch sehr wichtig, dass die Kleinkinder ihre Eltern in Alltagssituationen außerhalb der Familie als ebenso kompetent im Umgang mit der deutschen Sprache erleben. Die Eltern können dann das Erlernen der deutschen Sprache, über die Möglichkeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen hinaus, aktiv unterstützen.

Um diese Elternkompetenz zu stärken, sollten bereits bei den Erstbesuchen nach der Geburt eines Kindes Gutscheine für kostenlose Deutschkurse der Eltern überreicht werden. Bei ca. 950 Geburten in Reutlingen im Jahr dürfte der Anteil der anzusprechenden Eltern überschaubar sein. Die Kosten dafür werden durch den späteren Schulerfolg leicht aufgewogen. Außerdem wird dadurch die Elternkompetenz und die Auseinandersetzung mit Kultur und Bildung gestärkt.

Diese Deutschkurse müssen auch zugewanderte Menschen erreichen können, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Es muss geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Finanzierung durch Bund und Land es gibt.

In der Universität Tübingen und in der Fakultät für Sonderpädagogik der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg mit Sitz in Reutlingen gibt es Fachleute, welche in der Thematik forschen. (z. B. Frau Prof. Dr. Füssenich)

## **Ideenwettbewerb City-Nord – Aufgabenstellungen und Umgang mit dem Einzelhandelsgutachten**

24.01.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. Teil der Aufgabenstellung des Ideenwettbewerb City-Nord ist die Entwicklung und Darstellung der Verkehrsbeziehungen im Wettbewerbsgebiet und in seinen Überschneidungen mit den angrenzenden Stadtgebieten.**

**Insbesondere werden untersucht:**

- a. die Trennwirkung von Karlstraße und Eberhardstraße zum Stadtzentrum und Möglichkeiten zur Veränderung.**
- b. der Flächenbedarf und die Linienführung zur Anbindung der Stadtbahn ins Echaztal an die Bahnlinie Tübingen-Stuttgart.**
- c. die fußläufige Verbindung des Bahnhofs mit dem Stadtzentrum und die Entwicklung des Bahnhofsvorplatzes.**
- d. die Möglichkeiten zur Optimierung der Verknüpfungen von Bahn und Bus an einer zentralen Haltestelle im Plangebiet oder in den angrenzenden Bereichen und deren fußläufige Verbindung zum Stadtzentrum.**

## **2. Die Einzelhandelsuntersuchung Innenstadt der Firma GfK GeoMarketing GmbH wird beim Ideenwettbewerb City-Nord nur als Teil der Arbeitsmaterialien verwendet.**

Die Diskussion über die Einzelhandelsuntersuchung bestätigt die Trennwirkung der Karlstraße und Eberhardstraße zwischen Stadtzentrum und dem Plangebiet City-Nord. Auch unabhängig von der Nutzung des Gebiets City-Nord für Verkehr, Logistik, Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Wohnen ist die Verbindung zur Stadtmitte von großer Bedeutung.

Zur Einschleifung der Stadtbahn in Richtung Engstingen muss im Gebiet des Bebauungsplans City-Nord der beste Ort und der notwendige Flächenbedarf berücksichtigt werden. Wegen der beengten Platzverhältnisse ist neben der Gleisführung durch die Gartenstraße auch die Anbindung über den Ledergraben zu prüfen.

Es war Aufgabe des Gutachters der Einzelhandelsuntersuchung detailliert zu prüfen, „ob und wie viel Einzelhandelsflächen - hinsichtlich der Quantität und Qualität - in der „City-Nord“ mit Ziel zugelassen werden können, die bestehende Einzelhandelsstruktur in der Altstadt zu ergänzen und zu stärken.“ Diese Aufgabe hat der Gutachter nicht gelöst sondern lediglich in Bezug auf die angenommene Wirkung eines Einkaufszentrums, dessen Größe mit einem Mindestflächenbedarf beantwortet wurde, begutachtet.

## **VOF-Verfahren zur Auswahl eines Architekten für den Bau einer 3-Feld-Sporthalle als Ersatz für die Carl-Diem-Halle zur Realisierung in städtischer Eigenregie**

20.02.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Verwaltung stellt den zeitlichen Ablauf dar, welcher notwendig ist, um ein VOF-Verfahren zur Auswahl eines Architekten für den Bau einer 3-Feld-Sporthalle als Ersatz für die Carl-Diem-Halle durchzuführen.**

In Reutlingen gibt es Architekten, die vergleichbare Sporthallen geplant und realisiert haben. Wir schlagen vor, den örtlichen Sachverstand in einem VOF-Verfahren zu nutzen und die 3-Feld-Sporthalle in Eigenregie zu bauen.

Beim Bau in Eigenregie kann der Gemeinderat die arbeits- und tarifrechtlichen Bedingungen der Vergabe bestimmen.

Die Realisierung der Carl-Diem-Halle muss rasch erfolgen. Deshalb ist der zeitliche Rahmen zur Durchführung eines VOF-Verfahrens darzustellen.

## **Namensgebung neue Sporthalle im Storlach**

28.03.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

## **die neue Sporthalle im Storlach wird nach Gustav Heerbrandt (1819 – 1896) benannt.**

In den Reutlinger Geschichtsblättern Jahrgang 1999 beschreibt Gerhard Junger unter dem Titel: „Gustav Heerbrandt (1819 – 1896). Ein Reutlinger Demokrat zur Zeit der Revolution von 1848/49“ (Seite 529 – 592) ausführlich die Geschichte von Gustav Heerbrandt. Gustav Heerbrandt war Initiator und Mitgründer von drei Reutlinger Vereinen im Vormärz: „Leseverein junger Leute“ (1846) „Turngemeinde“ (1846), und „Feuer-, Lösch- und Rettungsverein (Pompier-Corps)“ (1847). Als treibende Kraft für Bildung, Sport und für das Engagement für gemeinnützige Zwecke war Gustav Heerbrandt in Reutlingen ein herausragender Demokrat. Junger beschreibt ihn als „engagierten politischen Kopf, der geistig und politisch aufgeschlossen am Gemeinwesen teilnahm“, der „Vorstellungen von einem freien, mitdenkenden und mithandelnden Bürger vertrat“ und der „auch an führender Stelle in Vereinen, die er zum Teil mitgegründet hatte“ aktiv tätig war. (Seite 592/593)

Er warb zum Beitritt beim Turnverein und erkannte die Bedeutung des Sports für die Gesundheit. Heerbrandt verstand dies als Teil der Bildung für alle Schichten der Gesellschaft. In Leseverein wie in der Turngemeinde gründete er Vereinsbibliotheken die bald mit großem Bücherbestand seine Bemühungen zur Bildung der Bevölkerung dokumentierten. Heerbrandt war Verleger, Journalist und Buchhändler in Reutlingen. Mit der Herausgabe demokratischer Blätter wie dem „Reutlinger & Mezinger Courier“ (später „Reutlinger Courier“) oder dem „Reutlinger Volksblatt“ sorgte er für demokratische Diskussionsforen, und kämpfte für Pressefreiheit und Freiheit der politischen Betätigung.

Als Beteiligter an der Revolution von 1848 wurde Heerbrandt 1849 verhaftet, auf dem Hohenasperg inhaftiert und später zur Auswanderung in die USA gezwungen.

Über den Beitrag Heerbrandts bei der Gründung der Reutlinger Feuerwehr wird in der von der Feuerwehr Reutlingen 1997 herausgegebenen Schrift berichtet: „Die Geschichte der Feuerwehr Reutlingen“. Zwei Straßen sind im Storlach nach Feuerkommandanten benannt: Johannes-Eisenlohr-Straße (Feuerwehrkommandant von 1902 – 1926) und Gustav-Groß-Straße (Feuerwehrkommandant von 1982 – 1992). Als Gründer des Löschvereins passt die Benennung nach Gustav Heerbrandt sehr gut zu diesen Straßennamen. Deshalb ist die Umbenennung der Carl-Diem-Straße und der Carl-Diem-Sportanlagen nach Gustav Heerbrandt auch unter diesem Gesichtspunkt folgerichtig.

Wir gehen davon aus, dass unser Antrag zur angemessenen Zeit aufgerufen wird.

## **Integration von Flüchtlingen in Reutlingen – Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der „Save-me – Kampagne“ durch die Stadt Reutlingen.**

01.04.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. Die Stadt Reutlingen begrüßt das angekündigte ehrenamtliche Engagement der Patinnen und Paten der „Save-me-Kampagne“, um Flüchtlinge willkommen zu heißen und sie bei der Integration in die städtische Gesellschaft tatkräftig zu unterstützen.**

2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Patinnen und Paten über Möglichkeiten zu informieren, bereits heute in Reutlingen lebende Flüchtlinge bei der Integration zu unterstützen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Gemeinderat darüber zu informieren, sobald im Rahmen des aktuellen Flüchtlingsaufnahmeprogramms der Bundesregierung für irakische Christen Menschen nach Reutlingen kommen sollten.**

Außerdem beantragen wir:

4. **zwei Vertreter des Asylkaffees, z. B. Asylpfarrerin Ines Fischer und Günter Jung, werden als sachkundige Einwohner nach § 33 Abs. 3 GemO zur Beratung eines Tagesordnungspunktes „Integration“ hinzugezogen, um den Sachverstand bei der Integration dieses sehr speziellen Personenkreises in die Stadtgesellschaft nutzbar zu machen.**

### **Erdaushub aus dem Scheibengipfeltunnel – Schienentransport zur Verwertung**

05.04.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die Überschussmassen beim Bau der Umgehungsstraße Scheibengipfeltunnel müssen so weit möglich, mit der Schiene zur weiteren Verwertung transportiert werden. Massengüter sind ideal für den Transport auf der Schiene und Lkw-Verkehr wird vermieden. Wir erinnern an unseren Antrag vom 12.04.2007 und die Antwort der Verwaltung vom 21.5.2007.

Wir beantragen:

1. **die Stadtverwaltung verhandelt mit dem Bund über die rechtzeitige Herstellung des Schienenwegs zwischen Südbahnhof und Hauptbahnhof zum Abtransport der Überschussmassen mit der Schiene.**
2. **die Stadtverwaltung sondiert die Möglichkeiten, die im Bebauungsplan veranschlagten 20 % der Ausbruchmenge aus dem Tunnel an die Zement-industrie als Zuschlagstoff zur Zementherstellung anzubieten.**
3. **Die Stadtverwaltung macht dem Gemeinderat Vorschläge, wo Lärmschutzwälle mit den Überschussmassen hergestellt werden können, so wie dies im Bebauungsplan dargestellt ist.**

### **Abbruch Milchwerk – Abschluss und Beendigung der Anwohnerbelastung**

06.04.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

der Abbruch des Milchwerks dauert schon einige Zeit an. Eine Ende scheint nicht absehbar, da auch noch ein Mieter im Restgebäude wohnt. Sehr zum Ärgernis der Anwohner nutzt nun die Firma Stooß den Platz zum Bauschutt-Recycling. Von vielen Baustellen werden viele Lastwagen mit Mauerstücken herangekarrt und auf dem Platz zerlegt, die Eisen entfernt und das Material zermahlen.

Abgesehen vom Lärm der Maßnahme wird bei jedem Windstoß auf dem Gelände Staub aufgewirbelt, welcher im angrenzenden Wohnviertel zu erheblichen Belästigungen führt. Dieser Zustand ist den Anwohnern nicht länger zuzumuten. Auch der Hinweis auf den Gebietscharakter eines Mischgebiets rechtfertigt nicht die Anlage eines Bauschuttrecyclingplatzes mitten im bewohnten Gebiet.

Wir fragen an:

1. **ist das Bauschuttrecycling auf dem Milchwerksgelände genehmigt?**
2. **ist für den Abbruch der Milchwerksgebäude und die Herrichtung des Platzes ein Terminplan mit Fertigstellungstermin vereinbart?**
3. **wurden mit der Abbruchfirma Vereinbarungen zur Staubbehandlung geschlossen, z. B. durch Bespritzen mit Wasser?**
4. **ist der Stadtverwaltung bekannt, dass auch Bauschutt von anderen Baustellen auf dem Gelände aufbereitet wird?**
5. **da in der trockenen Jahreszeit die Staubbelastung zunimmt muss die Lagerung von Bauschutt auf dem Gelände schnellst möglich beendet werden. Wie denkt die Stadtverwaltung den Abbruch zu beschleunigen?**
6. **sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten den Abbruch auch dadurch zu beschleunigen, dass für den Mieter des Gebäudes Ersatzwohnraum angeboten oder vermittelt wird?**

## **Radfahrentwicklungsplan**

28.04.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat im Rahmen des Gesamtverkehrsplanes einen „Radfahrentwicklungsplan“ vor.**

**Neben einem zeitlichen Ablaufplan zur Umsetzung des Entwicklungsplanes, sollen darin schwerpunktmäßig folgende Punkte umgesetzt werden:**

1. **Überarbeitung der Radwegführung mit den folgenden Zielen:**
2. **Wegführung mit kurzen Strecken,**
3. **lückenlose Erschließung des vorhandenen Radwegenetzes,**
4. **Lückenschluss in der Kernstadt und Altstadt,**
5. **Erarbeitung von Ost-West-Querungen in der Altstadt,**
6. **Verbesserung und Vergrößerung der Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern im Zentrum,**
7. **Ausbau des vorhandenen Radwegenetzes,**
8. **Erhöhung der Sicherheit beim Radfahren (z.B. Straßenüberquerungen),**

- 9. Anbindung an markante Haltestellen des ÖPNV (Hauptbahnhof, ZOB, Bus-Endhaltestellen)**
- 10. Baumaßnahmen zur qualitativen Ausbesserung bereits vorhandener Radwegstrecken**
- 11. Maßnahmen und Imagekampagne der Stadt zur Steigerung der Attraktivität des Fahrradfahrens in Reutlingen.**

Reutlingen soll durch den neuen Gesamtverkehrsplan eine Entlastung auf den Straßen erfahren. Einen wichtigen Teil tragen dazu die Rahmenbedingungen bei, die ein zügiges Vorkommen mit dem Fahrrad ermöglichen.

Einige Reutlinger Bürger benutzen schon heute das Fahrrad als praktisches Fortbewegungsmittel in der Stadt. Dies fördert nicht nur die Gesundheit, sondern entlastet auch den Autoverkehr auf den Straßen. Reutlingen bietet sich durch seine geographische Lage mit überschaubaren Unterschieden an Höhenmetern zur Nutzung des Fahrrades gerade auf kürzeren Strecken sowie in der Innenstadt an. Bekannter Maßen wird jene Nutzung allerdings durch lückenhafte Radwegführungen, sowie qualitativ schlechte Radwege erschwert, wodurch viele Bürger doch lieber auf das Auto umsteigen. Wenn man dazu eine bessere Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr schüfe, erhöhte das wiederum die Attraktivität desselben. Die Folge wären gesteigerte Einnahmen im ÖPNV sowie ein Reutlinger Beitrag zum Umweltschutz der sich sehen lassen kann.

Darüber hinaus bietet das Fahrradfahren auch in der Freizeit unseren Bürgerinnen und Bürgern ein Stück Lebensqualität. Wenn Reutlingen das Radfahren sicherer macht und ihm einen entsprechenden Stellenwert gibt, verfügt die Stadt über einen weichen Standortfaktor mehr.

Deshalb beantragen wir die Erarbeitung eines „Radfahrentwicklungsplanes“ im Rahmen des Gesamtverkehrsplanes.

## **Internetzugänge flächendeckend beschleunigen**

28.04.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

- **Die Stadtverwaltung prüft, inwiefern in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken ein flächendeckender Ausbau schneller Internetzugänge über Glasfaser erfolgen kann.**
- **Bei positiver Prüfung soll hier ein bevorzugter Ausbau in den Ortsteilen erfolgen, die bisher nur in geringen Teilen mit schnellem Internetzugang ausgerüstet sind.**
- **die Stadtverwaltung informiert, wo Internetzugänge in Kooperation mit anderen Anbietern wie Kabel-BW ermöglicht werden können.**

Auch in Berichten von Fachzeitschriften wird immer deutlicher, dass die Stadtwerke durch die Möglichkeit der Nutzung von Glasfaserkabeln zu einem großen Wettbewerber im Bereich der Internetzugänge werden können.

Glasfasernetze haben ein Vielfaches der Kapazität normaler Kupfernetze und bieten damit auf Dauer positive wirtschaftliche Impulse. Insbesondere kann hiermit auch der Anspruch von „open access“, also die Trennung von Infrastruktur und Diensten verwirklicht werden.

Auch in der Nachbarschaft Reutlingens sind die Stadtwerke Sindelfingen und Böblingen dabei, ein solches Projekt zu verwirklichen und könnten als Orientierungspunkt dienen.

03.05.2009

### **Integrationskonzept – Beteiligung der Bevölkerung**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

- **Vor der Befassung in den gemeinderätlichen Gremien wird zu dem vom Ausländerrat erarbeitete Integrationskonzept eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.**
- **Die Volkshochschule Reutlingen wird beauftragt einen Diskussionsprozess über das Integrationskonzept der Stadt Reutlingen durchzuführen und dem Gemeinderat hierüber zu berichten.**

Begründung:

Die Integration ist eine zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu diskutierende Thematik. Die gemeinsame Auseinandersetzung über die relevanten Fragen des Umgangs miteinander und die Diskussion über notwendige Veränderungen, um Integration zu erreichen, braucht eine ausführliche Beteiligung. Dabei sind alle Gruppen zu beteiligen, insbesondere die langjährig hier wohnenden Reutlingerinnen und Reutlinger mit Migrationshintergrund, welche schon seit Jahren einen deutschen Pass haben.

Da die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Form des Dialogs zwischen den Beteiligten zu führen ist, schlagen wir vor, die VHS als Veranstalter mit der Durchführung und Auswertung zu beauftragen.

Als Ergebnis dieser Diskussion ergeben sich auch Antworten auf die Fragestellung, wie die Integrationsdiskussion als Gesprächsforum in beratenden Gremien des Gemeinderats am Besten organisiert werden kann.

03.05.2009

### **Cityimmobilienmanagement – Flächen für Einzelhandel**

Die SPD-Fraktion beantragt:

- **Das Cityimmobilienmanagement berichtet über die bisherige Arbeit und stellt dabei dar, wo es derzeit städtische und private Flächen in der Altstadt gibt, welche sich für die Entwicklung als attraktiver Einzelhandelsstandort in geeigneter Größe eignen.**
- **Dabei sind Baulücken, gering genutzte Gebäude und nebeneinander liegende geeignete Gebäude in den Haupthandelslagen von besonderem Interesse.**
- **Im Wettbewerb zur Stadtbildplanung Marktplatz war die Weiterentwicklung des Rathauses und der Flächen rund um das Rathaus von den Architekten aufgegrif-**

**fen worden. Gibt es im Areal des Rathauses Flächen, die für eine Integration von Handelsflächen geeignet sind und die das Rathaus städtebaulich konstruktiv weiterentwickeln? Zur Urbanität der europäischen Stadt gehört im Kern immer eine hohe Dichte, welche derzeit im Rathausareal nicht gegeben ist.**

Begründung:

Zur Weiterentwicklung des attraktiven Handelszentrums Altstadt sind neben den Bemühungen privater Investoren Kooperationen mit der Stadt nötig. Das derzeit erkennbare Interesse von Investoren an der Altstadt kann durch die Stadt verstärkt werden. Gelungene Beispiele in der Altstadt zeigen, dass ein Potential für größere Handelsflächen vorhanden ist, das durch den Anstoß zu Kooperationen entwickelt werden kann.

3.5.2009

### **Internationale Vereine unterstützen – Beschäftigung bei der Stadtverwaltung**

Die SPD-Fraktion beantragt:

- **Im Rahmen der Ehrenamtsakademie wird in Zusammenarbeit mit den ausländischen Vereinen eine Fortbildungsreihe mit den Schwerpunkten Vereinsrecht, Veranstaltungsorganisation und Öffentlichkeitsarbeit angeboten und gezielt an die ausländischen Vereine Reutlingens herangetragen.**
- **Die Stadtverwaltung legt dar, wie sie sicherstellen will, dass bei allen Veranstaltungen, bei denen Vereine vertreten sein sollen, auch die ausländischen Vereine eingeladen werden.**
- **Die Stadtverwaltung unterstützt gezielt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, mit und ohne deutschen Pass, um auch diese in Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung zu entwickeln.**

Begründung:

Die Beteiligung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am öffentlichen Leben ist nach wie vor zu gering. In einer Gesprächsrunde mit Vertretern von ausländischen Vereinen wurde deutlich, dass ein Interesse und ein Bedarf an Fortbildung besteht. Um die Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern sind entsprechende Angebote hilfreich. Um Kontakte zu den Vereinen zu bekommen, muss eine entsprechende Datenbank auf aktuellem Stand gehalten werden.

Um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt zu fördern, ist es nötig, dass diese auch in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt werden. Erst recht gilt dies für Führungspositionen in der Verwaltung. Um dies zu fördern ist ein gezieltes Vorgehen nötig.

**Stadtteilarbeit im Gebiet Storlach, Voller Brunnen, Römerschanze 09/032/02 - Beteiligung des Ausländerrats**

14.06.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**wegen der Bedeutung der kultursensiblen Ausrichtung der Beratungs- und Gemeinwesenarbeit wird die Vorlage 09/032/02 zur Stadtteilarbeit im Gebiet Storlach, Voller Brunnen, Römerschanze auch im Ausländerrat beraten.**

In den Gebieten Storlach, Voller Brunnen und Römerschanze ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund hoch. Die Vorlage geht auf diese Problematik ausführlich ein. Fragen der Integration sind angesprochen. Die Beteiligung des Ausländerrats ist deshalb wichtig.

### **Verbreiterung des Fußgängerüberwegs von der Wilhelmstraße über den Karlsplatz**

14.06.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**der Fußgängerüberweg von der Wilhelmstraße über den Karlsplatz wird verbreitert, dass die Aufstellfläche in der Straßenmitte und an beiden Straßenrändern dem tatsächlichen Bedarf entspricht.**

In den Hauptverkehrszeiten überqueren sehr viele Menschen zwischen der Straße und den Linden und der Wilhelmstraße den Karlsplatz. Die Aufstellfläche in der Straßenmitte und die Breite der Furt reichen nicht aus. Im Interesse der Fußgänger ist die Verbreiterung deshalb sinnvoll.

### **Vertretung der Migranten mit deutschem Pass im Integrationsrat Drucksache 09/012/06**

14.06.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

der Punkt 3 des Beschlussvorschlags der Drucksache 09/012/06 benennt die Mitglieder des künftigen Integrationsrats. Wir beantragen,

**Als weitere Mitglieder des Integrationsrats werden hinzugefügt:  
4 vom Gemeinderat zu bestimmende sachkundige Personen für den Bereich der Migranten mit deutschem Pass.**

Ein Kennzeichen der Integration und der Bemühungen um Integration ist die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Damit endet jedoch die Berechtigung, sich an der Arbeit im Integrationsrat zu beteiligen. Mehrere Beispiele aus den vergangenen Jahren belegen dies. Mitglieder des Ausländerrats mussten aus der Beteiligung an der Integrationsarbeit ausscheiden und ihre Mitgliedschaft mit Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft beenden. Aber gerade der Personenkreis, der sich um die aktive Beteiligung an der Integration bemüht, kann sehr viel Sachverstand in den Integrationsrat einbringen.

Wie die Vorlage ausweist, haben 34,4 % der Reutlinger Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Ca. 15 % haben einen ausländischen Pass und können deshalb im Integrationsrat beteiligt werden. 20 % sind, mit der Ausnahme der Spätaussiedler, davon ausgeschlossen. Sie können sich an den Wahlen zum Gemeinderat beteiligen, wie dies auch für die Spätaussiedler gilt. Ihre Beteiligung an der Arbeit im Integrationsrat ist trotzdem sehr wünschenswert, da sie Kenntnis von Prozessen und Problemen der Integration haben. Die Vorlage folgt für die Spätaussiedler dieser Begründung.

Mit der gleichen Begründung wie für die Spätaussiedler muss der große Personenkreis der Menschen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass am Integrationsrat beteiligt werden.

### **Erweiterung des Teilnehmerkreises beim Mittagessen für 1 Euro in Kindertagesbetreuung und Schulen um die Wohngeldbezieher**

14.06.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**der Teilnehmerkreis beim Mittagessen für 1 Euro in der Kindertagesbetreuung und in den Schulen wird um die Wohngeldberechtigten erweitert.**

Bildungschancen ermöglichen ist das Ziel der SPD. Die Einführung des städtischen Zuschusses zur Ermöglichung des Essens für 1 Euro für Berechtigte mit Gutscheineft hat diesem Ziel gedient. Es ist erkennbar, dass der Kreis der Berechtigten klein ist und dass darüber hinaus Bedarf besteht. Deshalb schlagen wir vor, dass die Berechtigten für den Wohngeldbezug in den Personenkreis mit einbezogen werden. Sie sind derzeit vom Gutscheineft ausgeschlossen.

### **Erhalt der Nahversorgung in der Ortsmitte von Rommelsbach**

24.06.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir fragen an:

1. **vom Investor der Rommelsbacher Ortsmitte wird in der Presse behauptet, die Stadt würde auf seine Vorschläge zur Verbesserung der Einkaufssituation in Rommelsbach nicht eingehen. Insbesondere wird auf die Bereitstellung von Parkplätzen verwiesen.**
  - a. **Hat der Investor genügend Parkplätze gebaut?**
  - b. **Was wurde unternommen, um weitere Parkplätze bereit zu stellen?**
  - c. **Ist die Bereitstellung von Parkplätzen auf dem Platz untersucht worden?**
  - d. **Gab es Kontakte zum Investor?**
  
2. **Im Bezirksgemeinderat Rommelsbach wird der Bau eines neuen Nahversorgers mit ausreichend Parkplätzen auf der unbebauten Fläche zwischen Kniebisstraße und Württemberger Straße diskutiert.**
  - a. **Wie ist der Stand des Bebauungsplanverfahrens für die Grundstücke?**

- b. **Wie wird diese Neubebauung städtebaulich beurteilt?**
  - c. **Ist die GWG als Partner des Projekts an der Planung beteiligt?**
  - d. **Sind alle Grundstücksfragen geklärt?**
  - e. **Wo werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten bezüglich der Entwicklung der Fläche koordiniert?**
  - f. **Können bei einer solchen Neubebauung weitere Entwicklungsziele für Rommelsbach erreicht werden?**
3. **Wie kann die Rommelsbacher Ortsmitte gestärkt werden?**
4. **Wir beantragen die Beantwortung unserer Fragen in einem Tagesordnungspunkt in den Ausschüssen des Gemeinderats.**

Die Entwicklung des Einzelhandels in den Ortszentren ist gefährdet. Die Schließung zweier Läden ist in Rommelsbach angekündigt. Die Sicherung der Nahversorgung in den Stadtbezirken ist vor allem für die älteren Mitbürger von großer Wichtigkeit. Die Tendenz zu immer größeren Märkten und zum Einkauf mit dem Auto ist langfristig zum Nachteil der Ortszentren und ihrer Bewohner. Das Rommelsbacher Ortszentrum muss lebendig erhalten werden. Wenn die Läden schließen ist das Entwicklungsziel verfehlt. An welcher Stelle wurden Fehler gemacht? Wie kann die Fehlentwicklung korrigiert werden?

#### **Weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung – Ergebnisse und Vorschläge aus dem KELEG-Prozess**

28.6.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

- **Die Verwaltung erarbeitet aus den Ergebnissen des Diskussionsprozesses der KELEG-Überprüfung eine Prioritätenliste als Beschlussvorschlag für den Gemeinderat.**

#### **Städtebaulicher Wettbewerb bei der Erweiterung Orschel-Hagen Süd**

04.07.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**die GWG wird beauftragt, für die Erweiterung Orschel-Hagen Süd einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen.**

Der städtebauliche Entwurf des Neubaugebiets muss in jeder Hinsicht zukunftsorientierte Konzepte aufnehmen. Zur Gewinnung eines nachhaltigen Konzepts ist ein Wettbewerb notwendig. Reutlingen kann so eine Siedlung erhalten, die den Gedanken der Nachhaltigkeit beispielgebend verwirklicht.

06.07.2009

**Integrationskonzept – Beteiligung der Bevölkerung**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

- **Vor der Befassung in den gemeinderätlichen Gremien wird zu dem vom Ausländerrat erarbeiteten Integrationskonzept eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.**
- **Die Volkshochschule Reutlingen wird beauftragt einen Diskussionsprozess über das Integrationskonzept der Stadt Reutlingen durchzuführen und dem Gemeinderat hierüber zu berichten.**

Begründung:

Die Integration ist eine zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu diskutierende Thematik. Die gemeinsame Auseinandersetzung über die relevanten Fragen des Umgangs miteinander und die Diskussion über notwendige Veränderungen, um Integration zu erreichen, braucht eine ausführliche Beteiligung. Dabei sind alle Gruppen zu beteiligen, insbesondere die langjährig hier wohnenden Reutlingerinnen und Reutlinger mit Migrationshintergrund, welche schon seit Jahren einen deutschen Pass haben.

Da die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Form des Dialogs zwischen den Beteiligten zu führen ist, schlagen wir vor, die VHS als Veranstalter mit der Durchführung und Auswertung zu beauftragen.

Als Ergebnis dieser Diskussion ergeben sich auch Antworten auf die Fragestellung, wie die Integrationsdiskussion als Gesprächsforum in beratenden Gremien des Gemeinderats am Besten organisiert werden kann.

**Vertretung des Ausländerrats und des Jugendgemeinderats in den beschließenden Ausschüssen**

14.09.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

im Zuge der Neubesetzung der Ausschüsse beantragen wir:

**Ausländerrat und Jugendgemeinderat entsenden in Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss, Finanzausschuss und Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss jeweils einen Vertreter mit beratender Stimme.**

**Auf die Entsendung von Vertretern des Gemeinderats in den Ausländerrat wird verzichtet.**

## Weiterentwicklung des Rathausareals

14.09.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

in der Auseinandersetzung über die Ansiedelung eines Einkaufszentrums in der Reutlinger Stadtmitte wird das Rathaus zur Disposition gestellt und teilweise als Tauschfläche für einen Investor betrachtet.

Die SPD-Fraktion lehnt diese Gedankenspiele ab. Für uns ist das Rathaus das Haus der Bürger, welches ein Kernstück der demokratisch verfassten Stadt ist. Alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind Teil dieser in demokratischer Entscheidung im Gemeinderat entstehenden Willensbildung aus dem Auftrag zur Ausführung im Auftrag der Bürgerschaft entsteht. Als ehemalige Reichsstadt ist das Rathaus auch historisches Zeugnis der demokratischen Verfassung.

Wiederholt ist nachgewiesen, dass die Reutlinger Stadtverwaltung sehr effektiv arbeitet, welche mit wenig Mitarbeitern eine bürgernahe Verwaltung erbringt und von der wir erwarten, dass sie in diesem Prozess zum bürgernahen Rathaus sich immer weiter entwickelt. Kern dieser Leistungsfähigkeit im Interesse der Bürger und der städtischen Finanzen ist die Zusammenfassung an einem Ort, welche als Folge der Zerstörungen des zweiten Weltkriegs innerhalb der alten Grenzen der Altstadt gebaut wurde.

Der Sanierungsbedarf des Rathauses ist Folge der langjährigen Vernachlässigung der Bausubstanz in Folge der unzureichenden Finanzausstattung der Stadt und der daraus resultierenden Verschiebung von Investitionen.

Rathaus, Marktplatz und Marienkirche symbolisieren in Reutlingen das Zentrum, in dem sich die bürgerschaftliche städtische Identität bildet.

Handel und Wandel, Begegnung und Diskussion, Auseinandersetzung und Manifestation, Demonstration und Darbietung: Dies alles gruppiert sich rund um das städtische Zentrum, wie dies die Heimattage deutlich wieder gezeigt haben. Die Stadtverwaltung ist keine Firma, deren Mitarbeiter sich in günstigen Räumen unterbringen lassen. Der Bürger sucht und findet das Rathaus am historischen Ort.

Als Zeugnis der Baukunst der Nachkriegsbauepoche ist unser Rathaus ein Kulturdenkmal seiner Zeit. Abreißen ist in Reutlingen keine Problemlösung mehr.

Den Eintauch der stadtordnenden Struktur gegen eine vermeintlich merkantil lukrative Handelsfläche anstelle des Verwaltungsgebäudes lehnen wir ab. Auch der Investor in Handelsflächen muss sich der schwierigen Aufgabe der Weiterentwicklung der Stadt stellen, wie dies bei der Entstehung der Müllerpassage erfolgreich gezeigt wurde.

Die Weiterentwicklung des Handels in der Stadt ist ein wichtiges Ziel. Die Umgestaltung der historischen Gebäudesubstanz unter Erhaltung der städtischen Eigenart ist dabei eine schwierige Aufgabe zur Neugestaltung. Dies erfordert Zeit und architektonische und städtebauliche Konzeptionen. Insbesondere die Schaffung zusammenhängender größerer Handelsflächen ist eine schwierige Aufgabe, bei welcher die städtischen Mitarbeiter koordinierende und vermittelnde Aufgaben wahrnehmen können. Zu allererst ist dies jedoch eine Aufgabenstellung für die Grundstücksbesitzer, von denen wir die nötige Flexibilität und den Verzicht auf kurzfristige Vermarktungsinteressen erwarten, um die Weiterentwicklung der Stadt zu ermöglichen. Gelungene Beispiele in der Altstadt zeigen, dass ein Potential für größere Handelsflächen vorhanden ist, das durch den Anstoß zu Kooperationen entwickelt werden kann.

Der Wettbewerb zur Stadtbildplanung Marktplatz hat unerwartet auch Vorschläge für die Weiterentwicklung des Rathausareals erbracht. Diese Vorschläge wollen wir aufgreifen und

problematisieren, ob es Möglichkeiten gibt, in diesem Zusammenhang Flächen für großflächigen Einzelhandel in der Stadt zu gewinnen und dabei eine gelungene Weiterentwicklung des Rathausareals im historischen Kontext zu entwickeln.

Die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Stadtverwaltung prüft Möglichkeiten um in einem Wettbewerb die Weiterentwicklung des Rathauses und der Flächen rund um das Rathaus zu thematisieren. Dabei sollen auch Betrachtungen angestellt werden, wie die Integration von Handelsflächen städtebaulich möglich ist. Zur Urbanität der europäischen Stadt gehört im Kern immer eine hohe Dichte, welche derzeit im Rathausareal nicht gegeben ist.**

### **Fortbildungen in der Stadtverwaltung**

12.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion fragt an:

- 1. Wurde der Fortbildungsetat in der Stadtverwaltung reduziert?**
- 2. In welcher Höhe und in welchen Ämtern wurden die Mittel nicht ausgeschöpft?**
- 3. Wurden bei der Fortbildung die Möglichkeiten der Reutlinger Volkshochschule genutzt und in wie weit gibt es Möglichkeiten, bislang nach außen vergebene Fortbildungen auch bei unserer Volkshochschule zu vergeben?**

Die Fortbildung der Mitarbeiter ist die Grundlage des Erfolgs in der Zukunft. Gerade in Zeiten der finanziellen Krise muss auf die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größten Wert gelegt werden.

### **Mietwohnungsbau auf dem Gelände Christophstraße**

12.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**die Stadtverwaltung nimmt die Planungen für eine Wohnbebauung des Geländes des ehemaligen Bauhofs Christophstraße für junge Familien wieder auf. Die GWG wird mit der Planung beauftragt. In einem Förderprogramm für junge Familien sollen insbesondere bezahlbare Mietwohnungen entstehen. Die Stadt prüft hierfür die Zuschusssituation. Zum Schutz vor dem Lärm der Firma Wangner wird mit den Eigentümern des ehemaligen Raiffeisengeländes über eine Bebauung mit im Siedlungsgebiet notwendigen Infrastruktureinrichtungen verhandelt.**

Die mündlich geäußerten Erweiterungsabsichten der Firma Wangner haben sich über die Jahre nicht konkretisiert. Dies hatte zum Aufschub der städtischen Planungen geführt. Im Interesse der Stadt liegt es, das für eine Mietwohnbebauung für junge Familien sehr geeignete Gelände, jetzt voranzubringen. Der Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen insbesondere für größere Familien besteht nach wie vor.

**Sanierung des Rathauses**

12.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat unter Berücksichtigung der durch die Finanzkrise bedingten Einnahmeausfälle einen 10-Jahresplan zur abschnittsweisen Sanierung des Rathauses vor.**

**Kinder- und Familienzentrum Storlach**

12.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion fragt an:

- 1. Wie weit sind die Planungen für das Kinder- und Familienzentrum im Storlach gediehen?**
- 2. Gibt es hierfür schon Standortüberlegungen?**
- 3. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung gibt es?**

Die Notwendigkeit für das Kinder- und Familienzentrum im Storlach ist bekannt. Nach dem Start zum Zentrum im Ringelbach müssen die Überlegungen im Storlach vorangetrieben werden. Insbesondere müssen die Planungen soweit konkretisiert werden, dass nach Ende der akuten Finanzkrise die Realisierung angegangen werden kann.

**Bau einer 3-Feld-Sporthalle als Ersatz für die Carl-Diem-Halle - Realisierung durch die GWG**

31.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Verwaltung prüft die Möglichkeiten, die Ersatzsporthalle im Storlach durch die GWG in Kooperation mit der städtischen Bauverwaltung realisieren zu lassen und stellt die finanziellen Konsequenzen für den Stadthaushalt dar.**

Der Gemeinderat hat beschlossen, den Neubau der Sporthalle in Eigenregie durch die Stadt Reutlingen zu realisieren. Als städtische Tochter kann die GWG einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise leisten. Die Finanzierung der Sporthalle wäre eine Möglichkeit. Am Projekt sollte die Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bauverwaltung der Stadtverwaltung und den Verantwortlichen in der GWG konzeptionell gefasst und definiert werden, um die höchsten Effizienzgewinne zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

H. Treutlein  
 Mich. H. L. |  
 Suse Quant  
 S. Bayer

Sebastian Weisk  
 Joh. Schupp  
 M. Hack  
 E. Hiedl

### Kinder- und Familienzentrum im Storlach

31.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung stellt dem Gemeinderat die Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen im Storlach dar. Dazu bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:**

1. Welche Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es und in welchem baulichen Zustand sind die Einrichtungen?
2. Welcher Investitionsbedarf ist in den kommenden Jahren zu erwarten?
3. Welche verschiedenen Träger mit unterschiedlichen Liegenschaften sind an der Kinderbetreuung beteiligt?
4. Kann durch Kooperation der Träger gegebenenfalls an einem neuen Standort im Umfeld der jetzigen Standorte eine für alle Beteiligten effiziente gemeinsame Lösung dargestellt werden?
5. Ist das ehemalige WLZ-Gelände als Standort für das Kinder- und Familienzentrum im Storlach geeignet?

### Aufhebung der Fristsetzung für den Termin der Ausländerratswahl

31.10.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung prüft, ob der Termin für die Wahl der ausländischen Einwohner für den Ausländerrat aufgehoben werden kann.**

Im Abschnitt I § 1 Nr. 5 der Grundsätze für die Wahl der ausländischen Einwohner für den Ausländerrat bei der Stadt Reutlingen ist wie folgt festgelegt:

„Die Wahlen finden in der Regel jeweils spätestens 6 Monate nach der Gemeinderatswahl statt.“

Erlaubt diese Formulierung in der jetzigen Situation eine Aufhebung oder müssen hierzu die Grundsätze geändert werden?

Die Diskussion über die Neuausrichtung des Ausländerrats wird durch mehrere strittige Fragestellungen bestimmt, die zuerst beantwortet werden sollten, ehe die Wahl der ausländischen Einwohner für den Ausländerrat stattfindet. Dabei ist auch zu entscheiden, ob auch künftig die Mitglieder des Integrationsrats durch Urwahl bestimmt werden. Dies legt eine Aufhebung des Wahltermins bis zum Abschluss der Diskussion nahe.

Ungeklärt sind die folgenden Problembereiche:

1. Der Entwurf des Integrationskonzepts liegt noch nicht öffentlich vor, trotz langer vorbereitender Diskussion. Der Ausländerrat betrachtet die Veröffentlichung und Diskussion hierüber als Voraussetzung für die Neuausrichtung des Ausländerrats.
2. Die Funktion des Ausländerrats innerhalb der demokratischen Verfassung der Stadt ist nicht entschieden. Es ist unklar:
  - a. Ist der Ausländerrat bzw. künftig Integrationsrat die Repräsentanz der Bürger ohne deutschen Pass?  
oder
  - b. Ist der Ausländerrat bzw. künftig Integrationsrat ein Beirat und damit der Ort der verfassten Diskussion über Fragen der Integration zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Vertretungen der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund?

Mit der Einbeziehung von Vertretern der Spätaussiedler in das Gremium, wie in der Vorlage 09/012/06 beschrieben, wird in Richtung 2b votiert wobei wichtige Gruppen mit deutschem Pass, nämlich alle Bürger mit Migrationshintergrund, welche die Integration Ernst nehmen und die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, aus der Diskussion ausgeschlossen sind. Es widerspricht auch dem Integrationsgedanke, wenn Mitglieder des Ausländerrats nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aus der Diskussion über die Integration ausgeschlossen werden, indem sie ihre Mitgliedschaft im Ausländerrat verlieren. Beide Gruppen sollten vertreten sein. Dies bedingt aber die Neuausrichtung des Integrationsrats im Sinne eines berufenen Beirats.

Diese Fragestellungen müssen entschieden werden um die Diskussion als Auseinandersetzung der gesamten Bürgerschaft mit Fragen der Integration fortwährend führen zu können.

Es braucht im Ausländerrat eine repräsentative Vertretung der mit Fragen der Integration befassten Mitbürger und deren Organisationen, die sich nicht nur am Besitz eines ausländischen Passes entscheiden darf. Integration setzt eine fortwährende Diskussion zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Migranten voraus, in welcher sich beide Seiten verändern. Integration ist mehr als eine Anpassungsleistung.

**Allergien durch Ambrosia – Ausbreitung und Bekämpfung der Pflanze in Reutlingen**

14.09.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die Pollen der Pflanze Ambrosia lösen schon in geringer Konzentration in der Luft schwere Allergien aus. (11 Pollen pro m<sup>3</sup> Luft sind für die Auslösung ausreichend.) Die Pflanze breitet sich in Deutschland immer mehr aus und stellt eine große Gefahr für die Gesundheit dar. Eingeschleppt wurde die Pflanze vor allem durch Vogelfutter.

In der Schweiz ist die Bekämpfung der Ambrosia mittlerweile für jedermann verpflichtend vorgeschrieben und die Pflanze wird von Staats wegen bekämpft.

In Sondelfingen ist Ambrosia auf landwirtschaftlichen Flächen aufgetreten und hat bei Bewohnern der Umgebung im Storlach, Voller Brunnen Allergien ausgelöst. Die Betroffenen beklagen ein unzureichendes Vorgehen gegen das hochallergene Kraut und fehlende Information und Sensibilität für die Gefahren. Deshalb beantragen wir die Behandlung im zuständigen Ausschuss und stellen hierzu die folgenden Fragen:

- 1. In welchem Umfang ist der Verwaltung das Auftreten von Ambrosia in Reutlingen bekannt?**
- 2. Gibt es eine Kartierung ähnlich der landesweiten Kartierung?**
- 3. Wie wurde auf das Auftreten reagiert?**
- 4. Welche Möglichkeiten der Information und Aufklärung der Bevölkerung wurden und werden noch ergriffen?**
- 5. Wie wird von der Stadtverwaltung die Bekämpfung der Pflanze auf städtischen Flächen betrieben unter welchen Vorsichtsmaßnahmen für die Beschäftigten?**
- 6. Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ergriffen, um die Bekämpfung der Ambrosia auf privaten Grundstücken zu erreichen und welche Schwierigkeiten gab es dabei?**
- 7. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, über den Städtetag eine der Schweizer Lösung ähnliche gesetzliche Regelung zur Bekämpfung der Ambrosia zu erreichen?**

Interfraktioneller Antrag

1.12.2009

An die  
Vorsitzende des Reutlinger Gemeinderats  
Frau Oberbürgermeisterin Bosch  
Rathaus

Reutlingen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

## **Aufhebung der Ausländerratswahl**

wir beantragen:

- 1. die Wahl der ausländischen Einwohner für den Ausländerrat wird aufgehoben. Zuerst wird das Integrationskonzept eingebracht und öffentlich diskutiert. Danach wird über die Neuausrichtung des Ausländerrats entschieden und dabei geklärt, ob weiter eine Wahl durchgeführt wird oder ein Beirat berufen wird.**

Für die CDU-Fraktion

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion die Grünen

Für die FWV-Fraktion

Für die FDP-Fraktion

Für die WIR-Fraktion

## **2010**

### **Abriss der Listhalle – städtebauliche Konzeption für das Listhallengelände**

18.01.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**unmittelbar nach der Inbetriebnahme der neuen Stadthalle wird die Listhalle abgerissen.**

**Die weitere Nutzung des Geländes wird vorbereitet (städtebauliche Konzeption z. B. Wohnnutzung, Bebauungsplan, Investorenausschreibung etc.), dass nach dem Abriss die Umsetzung beginnen kann.**

**Es wird geklärt, ob die angrenzenden Schulen Flächen benötigen.**

Die Betriebs- und Unterhaltskosten der alten Listhalle müssen mit dem Start der neuen Stadthalle wegfallen. Zum Vorteil des Stadthaushalts sollte die Vermarktung des Geländes so rasch als möglich erfolgen.

### **Namenstafel für die auf dem Friedhof Unter den Linden begrabenen 128 KZ-Opfer**

18.01.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen

**Für die auf dem Friedhof Unter den Linden begrabenen 128 KZ-Opfer wird eine Namenstafel angebracht.**

Seit längerer Zeit beklagen Angehörige der 128 KZ-Opfer des KZ Hailfingen-Tailfingen, dass es an deren Begräbnisort auf dem Friedhof Unter den Linden zwar ein Grabmal aber keine Namensnennung der Verstorbenen gibt. Jeder Tote hat Anspruch auf die Namens-

nennung am Begräbnisort soweit dies bekannt ist. Diesem Mangel kann mit einer Tafel an geeigneter Stelle abgeholfen werden.

Im Adressbuch der Stadt Reutlingen von 2002 (letzte Ausgabe), Seite 24/25, steht in der Reutlinger Chronik im Jahr: 1952 Dez. 7. Weihe des Grabmals unter den Linden für 128 KZ-Opfer. Das vorhandene Grabmal soll durch die Namenstafel ergänzt werden.

Am 6. Juni 2010 ist die Einweihung einer Gedenkstätte im Rathaus Gäufelden-Tailfingen geplant. Es ist ein gutes Zeichen für das Erinnern, wenn bis dahin die Namenstafel fertig gestellt ist.

## **Entwicklung der Schülerzahlen an den Sonderschulen**

01.02.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**im Bericht über die Situation an den städtischen Schulen wird die Entwicklung der Schülerzahlen an den Sonderschulen im 10-Jahresvergleich nach Sonderschularten differenziert.**

Im letzten Bericht war ablesbar, dass im 10-Jahresvergleich die Schülerzahlen an den Realschulen gleich geblieben sind, sich an den Gymnasien erhöht und an den Grundschulen und Hauptschulen verringert haben. Die Schülerzahlen an den Sonderschulen sind gleich geblieben.

Letzteres entspricht nicht der zu erwartenden demographischen Entwicklung und unseren bildungspolitischen Vorstellungen. Es muss das Ziel sein, mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den allgemeinen Schulen zu unterrichten.

Daher bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. In welchen Sonderschulen sind die Schülerzahlen gesunken / gestiegen?**
- 2. Welche Gründe lassen sich dafür benennen?**
- 3. Wie viele Sonderschüler werden an allgemeinen Schulen unterrichtet?**
- 4. Wie hoch ist die Zahl der Schüler, welche im letzten Schuljahr von den Sonderschulen an die allgemeinen Schulen zurückgekehrt sind?**

## **Erweiterung Orschel-Hagen Süd – Städtebaulicher Grundvertrag**

02.02.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**im Bauausschuss wird über den städtebaulichen Grundvertrag zur Erweiterung Orschel-Hagen Süd von Verwaltung und GWG berichtet.**

## **Vorschläge für den Nachtragshaushalt**

22.02.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die Jungsozialisten in der SPD Reutlingen haben sich in mehreren Sitzungen mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 und mit der finanziellen Situation des Nachtragshaushalts 2010 befasst. Aus dieser Diskussion sind drei Vorschläge zur Kostensenkung oder Einnahmeerhöhung entstanden, die wir ins Haushaltsverfahren einbringen wollen.

Wir bitten die Stadtverwaltung, zu den drei Vorschlägen Stellung zu nehmen und aufzuzeigen, welche Möglichkeiten zur Umsetzung es gibt.

### **1. Grundreinigung der Klassenräume durch die Schüler**

Die Schüler sollen die Grundreinigung ihrer Klassenräume selber übernehmen, sodass die Reinigungsfirmen nur noch zweimal pro Woche putzen müssen.

Begründung:

Die Grundreinigung der Klassenräume (Fegen und Mülleimer leeren), stellt eine zumutbare Mehrbelastung der Schüler dar. Sie lernen mit öffentlichem Eigentum verantwortungsvoll umzugehen und tragen zur Bewältigung der aktuellen finanziellen Lage aktiv bei. An manchen Schulen wird dies seit Jahren ohne Probleme praktiziert, z. B. an der Freien Georgenschule Reutlingen.

### **2. „Kultursoli“ Zuschlag von 2 Euro auf Eintrittspreise bei Philharmoniekonzerten.**

Begründung:

Die Philharmonie wird jedes Jahr mit knapp 2,2 Millionen Euro durch die Stadt unterstützt, um ihren für Reutlingen wichtigen Konzertbetrieb mit hoher Qualität durchführen zu können. Der Zusatzbeitrag von zwei Euro pro Ticket soll in einen sogenannten „Kultursolitopf“ gehen, aus dem Einsparungen seitens der Stadt bei anderen Kultureinrichtungen in Reutlingen ausgeglichen werden können um das Überleben der florierenden Reutlinger Kulturszene zu sichern.

### **3. Überprüfung des Etats für externe Beratungen auf Einsparmöglichkeiten**

Begründung:

Die Beratung durch externe Fachkräfte verursacht immense Kosten, die in der jetzigen finanziell angespannten Situation zu Sparmaßnahmen in anderen Bereichen zwingt. Wir gehen davon aus, dass in unserer Stadtverwaltung ausreichend Expertenwissen vorhanden ist, um die bevorstehenden Aufgaben eigenständig zu lösen und nur in notwendigen Fällen externe Berater einzuschalten. Aus diesem Grund fordern wir Einsparungen bei diesen Mitteln zur Entlastung des Haushalts.

## Infotafel Frankonenstollen

22.02.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**Am Eingang zum Frankonenstollen wird eine Informationstafel angebracht, die in Zusammenarbeit mit Reutlinger Schulen erstellt wird. Die Stadtverwaltung prüft Möglichkeiten zur Aufarbeitung und Präsentation der Geschichte des Frankonenstollens.**

Als ein erster Schritt der Erinnerung und Mahnung zum Bau des Luftschutzstollens in der Nazizeit soll eine Informationstafel berichten und an die beteiligten Kriegsgefangenen, Zivil- und Fremdarbeiter erinnern. Als Schulprojekt kann damit eine pädagogische Aufgabe verbunden werden. Dabei könnte auch eine zusammenfassende Schrift über die vorhandenen Informationen und die Auseinandersetzung damit entstehen. Neben der Beteiligung Reutlinger Schulen könnte auch eine fachliche Aufarbeitung durch Studenten mit Unterstützung des Stadtarchivs überlegt werden.

Interfraktioneller Antrag

2.3.2010

## Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt – Kooperation mit dem Landkreis

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Schüler der Berufsschulen des Landkreises, welche mit dem privaten Pkw anreisen, tragen ganz erheblich zum hohen Parkdruck in der Oststadt bei.

Wir beantragen,

**die Stadtverwaltung nimmt mit dem Landkreis Gespräche zur Problematik des ruhenden Verkehrs in der Oststadt auf und berichtet darüber dem Gemeinderat.**

Hierzu stellen wir die folgenden Fragen:

Mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt verfolgt die Stadt Reutlingen auch das Ziel, den Parkdruck in der Oststadt zu verringern. Als Partner der Stadt kann der Landkreis als Schulträger der Berufsschulen dies unterstützen. Welche Überlegungen stellt der Landkreis an um

- a) das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung bei den Berufsschülern bekannt zu machen?
- b) mehr Schüler zur Benutzung des ÖPNV anstelle des eigenen Autos zu bewegen?
- c) die Wirtschaftlichkeit der Buslinien von der Alb durch vermehrte Nutzung durch Berufsschüler zu verbessern?

- d) den Park&Ride - Platz am Südbahnhof bei den Berufsschülern bekannter zu machen und dafür zu werben?
- e) die vom Landkreis angebotenen Parkplätze zu optimieren und dabei insbesondere das Parkdeck in der Charlottenstraße zu überprüfen?

SPD-Fraktion

FWV-Fraktion

WiR-Fraktion

gez. Helmut Treutlein

gez. Jürgen Fuchs

gez. Werner Schobel

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

Fraktion Grüne und Unabhängige

gez. Andreas vom Scheidt

gez. Julius Vohrer

gez. Rainer Buck

## **Änderung der Satzung über die Erhebung von Grundsteuer und Gewerbesteuer**

15.03.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

### **Die Realsteuerhebesätze werden wie folgt angepasst:**

**Gewerbesteuer von 350 % auf 400 % ab dem 01.01.2010**

**Grundsteuer B von 320 % auf 420 % ab dem 01.01.2010**

Die Folgen der Wirtschaftskrise zwingen die Stadt Reutlingen zu einschneidenden Maßnahmen:

Neben der Begrenzung der Ausgaben,  
der ersatzlosen Streichung von städtischen Leistungen,  
der Erhöhung von Beiträgen und Gebühren,  
der Beteiligung der städtischen Tochtergesellschaften  
ist auch eine angemessene Erhöhung der Realsteuern erforderlich,  
um die drastische Erhöhung der Schulden der Stadt zu begrenzen, welche kommende Generationen belasten.

Die Finanzierung des städtischen Haushalts darf gerade jetzt nicht einseitig zu Lasten von Familien und Kindern durch Gebühren und neue Schulden erfolgen.

Der seit Jahren ausstehenden gerechten Verteilung der Lasten darf sich jetzt in Zeiten der Not niemand entziehen.

**zu GR-Ds. 10/051/01 „Erhöhung der Parkentgelte und Parkgebühren“**

16.03.2010

Sehr geehrte Frau Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Parkgebühren werden wie folgt erhoben:**

<b>Zone I</b>	<b>1,80 €/h</b>
<b>Zone Ia</b>	<b>2,00 €/h</b>
<b>Zone II</b>	<b>1,40 €/h</b>

**Außerdem werden die Strafzettelgebühren in den jeweiligen Zonen entsprechend angepasst.**

Die Erhöhung der Parkgebühren dient dem Ziel der stärkeren Verlagerung des Individualverkehrs auf den ÖPNV und damit dem Ziel, die Luftreinhaltung zu fördern.

Um die Zahlungsmoral zu unterstützen ist es nötig, die Bußgelder für das Parken ohne bezahlte Parkgebühren („Strafzettel“) entsprechend zu erhöhen.

**Änderung der Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer**

16.03.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Vergnügungssteuer wird entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Februar 2009 vom Stückzahlmaßstab für Gewinneräte auf die Bemessungsgrundlage „Nettokasse“ umgestellt.  
Die Steuersätze und Steuerbeträge der Vergnügungssteuer werden entsprechend dem durchschnittlichen Maßstab vergleichbarer Städte angehoben.**

Die Vergnügungssteuer hat in erster Linie die Aufgabe zur Eindämmung der Spielsucht beizutragen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 4. Februar 2009 (1 BvL 8/05) festgestellt, dass der bisher geltende Stückzahlmaßzahl für Gewinneräte gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt. Die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer ist daher gesetzlich geboten. Als Vorbild kann die Satzung der Stadt Stuttgart dienen.

Gleichzeitig ist eine moderate Anhebung der Steuersätze zu berücksichtigen.

Bei der Bemessung des Steuersatzes und der Steuerbeträge sind die zu erwartenden zusätzlichen Ausgaben für den erhöhten Personalbedarf bei der Steuererhebung zu berücksichtigen.

Die derzeitigen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer betragen 600.000 Euro. Die zu erwartenden Mehreinnahmen ersetzen nicht notwendige Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer.

## **Änderung der Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer**

17.03.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion fragt an:

- 1. Wann beabsichtigt die Stadtverwaltung die Vergnügungssteuer entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Februar 2009 vom Stückzahlmaßstab für Gewinneräte auf eine andere Bemessungsgrundlage, z. B. „Nettokasse“ umzustellen?**
- 2. Wie bemessen sich die Steuersätze und Steuerbeträge der Vergnügungssteuer Reutlingens im Vergleich zu anderen vergleichbaren Städten Baden-Württembergs?**
- 3. Welche Mehreinnahmen sind durch eine Anpassung der Steuersätze und Steuerbeträge erzielbar unter Berücksichtigung der Mehrausgaben für den erhöhten Personalbedarf bei der Erhebung nach einer anderen Bemessungsgrundlage?**

Die Vergnügungssteuer hat in erster Linie die Aufgabe zur Eindämmung der Spielsucht beizutragen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 4. Februar 2009 (1 BvL 8/05) festgestellt, dass der bisher geltende Stückzahlmaßzahl für Gewinneräte gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt. Die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer ist daher gesetzlich geboten.

Die derzeitigen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer betragen 600.000 Euro. Die zu erwartenden Mehreinnahmen ersetzen nicht notwendige Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer.

## **Walter-Gropius-Platz**

12.04.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Verwaltung nimmt mit dem Gebäudeeigentümer der Immobilie des ehemaligen Einzelhandelsgeschäfts Plus in der Walter-Gropius-Str. 3 Kontakt auf, um mit ihm die weitere Nutzung des genannten Gebäudes zu klären, mögliche Mieter zu vermitteln bzw. ggf. ein städtebaulich relevantes Konzept zu erarbeiten und umzusetzen.**

Nach dem Auszug der Firma Plus steht seit längerem ein größerer Teil der Ladenfläche im EG des Gebäudes in der Walter-Gropius-Str. 3 leer. Eine Wiederbelebung an diesem zentralen Punkt sollte nach unserer Auffassung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Einzelhandelsversorgung mit Waren des täglichen Bedarfes gesehen werden, sondern auch unter städtebaulichen Aspekten der konkreten Situation am Gropius-Platz. Der Platz leidet erkennbar unter dem Leerstand im Erdgeschoss. Die trotz aller baulichen Vorprägung durchaus flexibel nutzbaren Räumlichkeiten könnten auch für einen Zweck, der sich auf eine weitere Umgebung bezieht, nutzbar gemacht werden. Vom Büro- und Ausstellungsraum einer

Maschinenbaufirma oder aus einer sonstigen Branche bis zu einer auf die ganze Stadt oder sogar auf die Region bezogenen öffentlichen Einrichtung wäre hier, bei der immerhin guten Verkehrsanbindung, einiges denkbar. Jede derartige neue Nutzung könnte ihren Beitrag für die städtebauliche Situation leisten.

## **City Nord – Standort für Bildung und Wissenschaft**

12.04.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**das Nutzungsspektrum in der Wettbewerbsaufgabe des Planungswettbewerbs City Nord wird um die Nutzungen Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen ergänzt (Teil B Wettbewerbsaufgabe Kapitel 3.2 Seite 17, Zeile 5).**

Auch Bildungseinrichtungen sind im Umfeld des Bahnhofs denkbar. Die Fachhochschule Reutlingen hat Erweiterungsbedarf und zeigt Interesse an weiteren Standorten in der Stadt. Universitätsnahe Einrichtungen sind ebenso vorstellbar wie andere schulische Einrichtungen.

## **Anfrage**

### **Arbeiterbildung e.V.**

12.04.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Der Verein Arbeiterbildung e.V. muss seine unabhängige Beratung für Bezieher von Arbeitslosengeld II mangels Finanzierung einstellen. Die unabhängige Beratung hat einen wichtigen Stellenwert für die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es ist wichtig, dass die Betroffenen eine Möglichkeit haben, um Fehler im Beratungsverfahren überprüfen zu können. Die Beteiligung aller Wohlfahrtsverbände an dieser Beratung zeigt deutlich, wie notwendig dies ist. Deshalb fragt die SPD-Fraktion an:

**Welche Rolle spielen die in Reutlingen vorhandenen Beratungsdienste der Wohlfahrtsverbände, die mit Bundesmitteln (Sozial- und Lebensberatung) arbeiten können wie z.B. AWO, Diakonie, Caritas, DRK.**

**Es ist möglich, Kooperationen der Beratungsdienste unter Einbeziehung der Arbeiterbildung e.V. anzuregen, um das Angebot effizient und gleichzeitig vielseitig anbieten zu können.**

**Ist bereits geprüft worden, ob die Ansiedlung unabhängiger Beratungsdienste im Haus der sozialen Dienste Unter den Linden möglich ist, um damit die räumlichen Möglichkeiten auch kooperativ nutzen zu können?**

**Planie 20-22 – Theaterzentrum – Zwischennutzungen Bauteil F und H**

08.05.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Stadtverwaltung stellt dar, welche Zwischennutzungen im Gebäudeteil F sowie in den beiden oberen Geschossen des Gebäudes H bis zur Realisierung des Theaterzentrums möglich sind.**

Die Realisierung des Theaterzentrums ist nach den Baumaßnahmen für die 2. Spielstätte Die Tonne in der jetzigen finanziellen Lage zeitlich nicht absehbar. Die Umsetzung des städtebaulichen Sanierungskonzepts muss deshalb in Modulen erfolgen. Die Zwischennutzungen spielen in der Diskussion daher eine wichtige Rolle.

**Hotel auf dem Bruderhausgelände**

08.05.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

es ist anzustreben, dass die Realisierung der Tiefgarage und des Hotels neben der Stadthalle in zeitlicher Nähe zum Bau der Stadthalle erfolgt. Dabei muss der Bau städtebaulich wie architektonisch mit der Stadthalle abgestimmt sein.

Die SPD-Fraktion beantragt:

**Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat eine neue Vorlage zu den städtebaulichen und architektonischen Rahmenbedingungen des Hotels auf dem Bruderhausgelände vor.  
Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat über den Sachstand zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Hotels mit Tiefgarage an diesem Standort.**

**Weiterentwicklung Rathaus**

12.05.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion fragt – auch angesichts öffentlicher Äußerungen - an:

**Welche konkreten Überlegungen hat die Stadtverwaltung zur Sanierung und Weiterentwicklung des Rathausareals?**

Insbesondere bitten wir um Antwort zu den folgenden Punkten:

1. Sanierung der Tiefgarage?
2. Weiterentwicklung des ehemaligen Stadtwerkegebäudes und der Freiflächen?
3. Flächen im Rathausareal, die derzeit von Dritten genutzt werden?
3. Einbeziehung weiterer Nutzungen?

Außerdem fragen wir an:

6. Welche Büroflächen außerhalb des Rathausareals nutzt die Stadtverwaltung?

## **7. Gibt es weitere Möglichkeiten zur Konzentration der Stadtverwaltung auf das Rathausareal?**

### **Städtebauliches Sanierungskonzept Planie 20-22 / Urbanstraße 23 2. Spielstätte Die Tonne**

28.05.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

#### **1. Städtebau:**

Der Gemeinderat begrüßt das von der Verwaltung vorgelegte städtebauliche Sanierungskonzept des Architekturbüros Achatz für das Areal Planie 20-22 / Urbanstraße 23.

#### **2. Kulturkonzeption:**

Die Stadtverwaltung stellt dar, welchen Stellenwert der zusätzliche Saal im Zusammenhang mit der vom Gemeinderat in breiter Mehrheit beschlossenen Kulturkonzeption hat und welche die Theaterlandschaft in Reutlingen und in der Region prägenden Träger von der Realisierung des Gesamtprojektes profitieren können.

#### **3. Beteiligung:**

Im VKSA werden die beteiligten Partner (Tonne, Tonne-Verein, ILOS, LTT und weitere) eingeladen, um auf der Basis des Konzeptes Ideen zur weiteren Optimierung einzubringen.

#### **4. Stadthaushalt:**

Die Stadtverwaltung stellt die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung der Konzeption durch einen Investor für den Bau und den Betrieb auf den Stadthaushalt dar.

#### **5. Die Stadtverwaltung erläutert mögliche Zwischennutzungen des Bauteils F und im Bauteil H bis zur Realisierung des Theaterzentrums.**

#### **6. Bürgerbeteiligung:**

Die Stadtverwaltung führt im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durch.

Die Theaterspielstätte ist neben dem soziokulturellen Zentrum FranzK und dem Neubau einer Stadthalle Teil der Kulturkonzeption, welche im Bürgerentscheid bestätigt wurde.

Das vom Gemeinderat ausgewählte Architekturbüro kommt für die 2. Spielstätte des Theaters Die Tonne zu überraschenden Konsequenzen, welche sich aus der Gebäudesubstanz und den wirtschaftlichen Möglichkeiten ergeben. Die Diskussion dieser Konzeption mit den Beteiligten soll Fragen klären und Konzepte weiterentwickeln. Hierzu ist die Bürgerbeteiligung notwendig, welche für die Akzeptanz des Konzepts notwendig ist.

Das städtebauliche Konzept schafft dem Investor Baumöglichkeiten und ermöglicht die Realisierung der Theaterräume. Die finanziellen Folgen für den Stadthaushalt müssen detailliert erläutert werden, um in der derzeitigen Haushaltsnotlage die Belastungen erkennen zu können. Dabei sind die Veränderungen gegenüber dem jetzigen Zustand darzustellen.

Die Realisierung der 2. Spielstätte der Tonne ist in Folge der baulichen Defizite dringend. Die Umsetzung des Theatersaals muss sich an den finanziellen Möglichkeiten der Stadt orientieren. Für beide Baumaßnahmen sind die Folgekosten aufzuzeigen, um sie im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten beurteilen zu können.

## **Antrag**

### **Erweiterung des Wahlrechts und der Wählbarkeit zum Integrationsrat Bestellung von sachkundigen Bürgern als stimmberechtigte Mitglieder des Integrationsrats.**

02.07.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

- 1. die Wahlberechtigung zum Integrationsrat wird wie folgt erweitert:  
Wahlberechtigt sind Deutsche, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 3 Absatz 1 Nummern 2, 3, 4, 4a und 5 des Staatsangehörigkeitsgesetzes frühestens fünf Jahre vor dem Tag der Wahl erworben worden ist.**
- 2. Die Wählbarkeit zum Integrationsrat wird wie folgt verändert:  
Wählbar ist jede/jeder Reutlinger Bürgerin/Bürger und jede wahlberechtigte Person, die/der das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihre/seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung, hat.**
- 3. Die Zusammensetzung des Integrationsrats wird wie folgt verändert:  
11 gewählte Mitglieder**

#### **4 vom Gemeinderat bestimmte Mitglieder mit deutschem Pass und Migrationshintergrund, davon 2 aus dem Kreis der Spätaussiedler.**

Der Integrationsrat ist die kommunalpolitische Vertretung ausländischer Nationalitäten und gleichzeitig ein beratender Fachausschuss für Integrationsfragen. Im Vordergrund steht nicht die Staatsangehörigkeit. Vielmehr geht es um die konkreten Lebenssituationen von Einwohnern mit Migrationshintergrund in Reutlingen und was getan werden kann, um bestehende Benachteiligungen abzubauen und gesellschaftliche Teilnahme und Chancengerechtigkeit zu fördern.

Deshalb müssen im Integrationsrat neben gewählten ausländischen Mitgliedern auch Mitglieder vertreten sein, die bereits den deutschen Pass besitzen, jedoch sachverständig in Integrationsfragen aus der eigenen Lebenssituation sind und damit wesentliche Beiträge leisten können.

Mit der Verlängerung der Wahlberechtigung um 5 Jahre seit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wird in Verbindung mit der Veränderung der Wählbarkeit erreicht, dass Mitglieder des Integrationsrats nach Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft Mitglied des Integrationsrats bleiben können.

(Die Anträge 1 und 2 zum Wahlrecht und zur Wählbarkeit sind in Nordrhein-Westfalen in der Gemeindeordnung enthalten.)

#### **Parkplätze im Bereich Tübinger Vorstadt**

05.07.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**die Stadtverwaltung berichtet über die im Bereich der Tübinger Vorstadt vorhandenen Parkplätze für Mitarbeiter der umliegenden Unternehmen sowie über die Veränderungen in den letzten Jahren und über geplante und weitere mögliche Erweiterungen.**

In den letzten Jahren sind im Umfeld der Tübinger Vorstadt neue Parkplätze entstanden welche teilweise mit öffentlichen Mitteln gebaut wurden (Parkhaus Bantlinstraße, Proviantamt). Darüber hinaus haben Firmen in Tiefgaragen und Parkplätze investiert (Kreissparkasse, Bosch). Der Bau von Parkflächen soll der Verbesserung der Wohnqualität in der Tübinger Vorstadt dienen und die Straßen vom täglichen Parkdruck entlasten.

Von der Firma Stoll wurde öffentlich Bedarf an Parkplätzen angemeldet. Können diese z. B. auf dem Firmengelände Stoll oder auf dem Milchwerksgelände eingerichtet werden? Wird das Parkhaus Bantlinstraße von der Firma Stoll genutzt?

05.07.2010

## **Antrag**

### **Ausreichendes Angebot des Stadtverkehrs an Samstagen im Ringelbach**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**die Linie 8 fährt ab sofort samstags mit großen Fahrzeugen um dem großen Ansturm an Passagieren, durch den Wegfall der Linie 81, gerecht zu werden. Sollte dies zu keiner Entlastung führen, dann wird im Oktober die Linie 81 wieder samstags in Betrieb genommen. Die Verwaltung berichtet über Möglichkeiten zur Finanzierung (z.B. durch die RSV).**

Die Einstellung der Linie 81 zum 20.05.2010 hat für die Passagiere untragbare Folgen.

- Die Busse sind häufig überfüllt. Viele Passagiere, auch ältere Menschen sowie Eltern und Kinder, erhalten regelmäßig keinen Sitzplatz mehr.
- Für Kinderwagen, Rollstuhlfahrer u. a. ist die Mitfahrt sehr erschwert (Überfüllung des Einstiegsbereichs) und der flüssige Betriebsablauf ist gestört.
- Durch die Überfüllung ist der Zustieg in der Stadtmitte vereinzelt nicht möglich.

Wir bitten die Verwaltung um mündliche Stellungnahme, damit ein Beschluss ohne Verzögerung möglich ist. Die Dringlichkeit gebietet es uns, keine Zeit mehr verstreichen zu lassen.

### **Integrationskonzept für die Stadt Reutlingen Sachverständige aus dem Integrationsrat**

25.07.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**Der Integrationsrat bestimmt Sachverständige für die Ausschüsse des Gemeinderats zur Beratung von Themen, die zuvor im Integrationsrat entschieden oder beraten wurden.**

**Historischen Gebäudebestand in Reutlingen sichern**

15.09.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**die Stadtverwaltung erfasst den historischen Gebäudebestand in der Altstadt und in den Stadtteilen in einem Kataster, um deren Erhaltung zu sichern und den weiteren Verlust durch Verwahrlosung und Abriss frühzeitig verhindern zu können.**

Mit Bestürzung mussten wir vom Geschichtsverein vor kurzem hören, dass das jüngst abgerissene stadtbildprägende Gebäude Metzgerstraße 22 eines der ältesten Fachwerkbäude Deutschlands war. Der Bau konnte auf das Jahr 1299 datiert werden. Die Eigentümer hatten durch Verwahrlosung die Einsturzgefährdung herbeigeführt und damit den Abriss erzwungen.

Damit muss dieses Gebäude in eine ganze Reihe von historischen Gebäuden eingereiht werden, welche Reutlingen in den letzten Jahrzehnten verloren hat, so z.B. das Gebäude Oberamteistraße 34. Kurzfristiges Gewinninteresse und fehlendes Verständnis für die Bedeutung der historischen Gebäude unserer mittelalterlichen Stadt auch für das heutige Stadtbild hatten gewonnen.

Um solche negativen Entwicklungen zu verhindern, ist es erforderlich, dass die Gebäudesubstanz systematisch erfasst wird. Dann können die Eigentümer frühzeitig auf die Möglichkeiten und die Verpflichtung zur Erhaltung und die finanziellen Förderungen hingewiesen werden. Die Allgemeinheit kann ihr Interesse an der Erhaltung der Gebäude erkennen und vertreten.

Gelungene Beispiele in der Metzgerstraße oder in der Spendhausstraße zeigen, dass der Erhalt und die zeitgemäße Nutzung historischer Gebäude möglich und für Investoren interessant ist.

**Wahltermin Integrationsrat gemeinsam mit der Landtagswahl**

22.09.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**die Wahl der ausländischen Mitglieder des Integrationsrats findet gemeinsam mit der Landtagswahl am 27. März 2011 statt.**

Die gleichzeitige Durchführung gibt den ansonsten nicht wahlberechtigten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Reutlingens die erstmalige Möglichkeit zum gemeinsamen Besuch des Wahllokals mit dem deutschen Wahlvolk. Die Aufmerksamkeit für die Wahl ist durch die allgemeine Wahlwerbung erhöht und unterstreicht die Bedeutung der Wahl. So kann auch eine höhere Wahlbeteiligung erwartet werden.

Der Aufwand für verschiedene Wählerverzeichnisse und die sonstigen Vorbereitungen der Wahlen bedeuten für die Stadtverwaltung zwar einen erhöhten Verwaltungsaufwand. Dieser Aufwand ist jedoch zu bewältigen, wie die gleichzeitige Durchführung von Kommunalwahl und Europaparlamentswahl gezeigt hat.

**Bebauungsplan Moserstraße –  
Beteiligung sachkundiger Bürger und des Denkmalamtes**

28.09.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**Vor weiteren Entscheidungen zur Neubebauung der ans Gmindersdorf anschließenden Siedlungsflächen – Bebauungsplan Moserstraße - , sollen in einer Sitzung des BVUA ein Vertreter des Denkmalamtes und zwei Vertreter der Initiative zur Erhaltung des bisherigen Bestandes als sachverständige Bürger angehört werden.**

Die Vertreter der Initiative aus dem Gmindersdorf setzen sich für die Denkmaleigenschaften der bisherigen Bebauung ein. Die Auseinandersetzung mit ihren Argumenten muss Teil der Entscheidungsfindung sein. Das Denkmalamt soll in der Sitzung seine Stellungnahme darlegen und erläutern und muss für Fragen zur Verfügung stehen.

Auch die Geschichte des Gmindersdorfs erfordert einen sorgfältigen Umgang mit den Bauten.

**Anfrage:**

21.10.2010

**Bund streicht soziale Projekte bei der Städtebauförderung „Soziale Stadt“**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

im Stadtteil Tübinger Vorstadt läuft mit Erfolg das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. Die Bundesregierung plant bei der „Sozialen Stadt“ die Streichung der sozialen Projekte. Nur noch reine Bauvorhaben sollen gefördert werden. Damit werden Projekte zur Bildung, Ausbildung, Existenzgründung und zur Verbesserung der Integration nicht mehr finanziert.

Die SPD-Fraktion fragt deshalb an:

**Welche Folgen hat die geplante Streichung der Sozialprojekte im Programm „Soziale Stadt“ für die Entwicklung der Tübinger Vorstadt?**

**Können die geplanten Vorhaben weitergeführt werden?**

**Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung um Änderungen bei den Kürzungen zu erreichen?**

## **Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 2010**

25.10.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

1. die SPD-Fraktion beantragt zum Tagesordnungspunkt 7: Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 2010 in der Sitzung des Gemeinderats am 26.10.2010:

**Die Stellungnahme zu den Fachkonzepten in der Mitteilungsvorlage 10/096/01 wird Beschlussvorschlag und als Stellungnahme des Gemeinderats zum Generalverkehrsplan Baden-Württemberg beschlossen.**

2. Ergänzend beantragen wir die Hinzufügung des folgenden Absatzes am Ende des Textes der Stellungnahme:

### **Leistungsfähigkeit im Schienenverkehr**

**Um die Einbindung der Region Neckar-Alb in die überregionale Schienenverbindung Stuttgart-Singen-Zürich sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr sicherzustellen, fordert die Stadt Reutlingen neben der Elektrifizie-**

**rung mittelfristig auch den Ausbau der Bahnstrecke Horb-Tübingen, die derzeit eingleisig geführt wird.**

Begründung:

Aus Sicht der Region Neckar-Alb ist sowohl die Errichtung eines Güterverkehrsumschlagsplatzes als auch die bessere Einbindung in den Fernverkehr notwendig. Damit wird die Strecke Tübingen-Horb auf Dauer deutlich höher belastet werden als heute. Derzeit ist sie als eingleisige Strecke nicht geeignet, die notwendigen Kapazitäten bereitzustellen. Aus diesem Grund ist es im wohlverstandenen Interesse der Region, die Erhöhung der Streckenkapazität einzufordern.

### **Industriemuseum**

08.11.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**im Doppelhaushalt 2011-2012 wird ein Betrag zur Herstellung des Industriemuseums im Wandelareal eingestellt.**

Das Industriemuseum verfügt über eine große Maschinenausstattung der Textil- und Metallindustrie. In der Stadt gibt es viele ehemalige Arbeiter und Meister, welche die Maschinen herrichten und in Gang setzen können und wollen. Diese Fachleute sind meist Senioren und ihre fachliche Kompetenz ist unersetzlich. Deshalb kann die Einrichtung des Museums nicht mehr länger aufgeschoben werden.

Die Räume des Industriemuseums sollten bewusst einfach gestaltet werden. Die Raumgestaltung muss der damaligen Situation der Industriearbeiter entsprechen. In diesem Sinne können die Kosten begrenzt werden. Die Sicherheit der Anlagen hat Priorität.

### **Mietzuschuss – Fachberatungsstelle Frauenzentrum**

08.11.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**der Mietzuschuss an den Verein Frauenhaus Reutlingen e.V. für das Frauenzentrum Reutlingen wird nach dem Umzug aus städtischen Räumen in der Planie 20-22 in nahe gelegene private Räume weitergewährt.**

Der Verein Frauenhaus Reutlingen e.V. hat nach der Kündigung der städtischen Räume im Areal Planie 20-22 neue geeignete Räume in der Nähe gefunden. Die von der Stadt angebotenen Räume sind nach Ansicht des Vereins für die Beratungsarbeit wegen der Lage in der Stadt nicht geeignet. Deshalb muss der bisherige Mietzuschuss an den Verein ohne Unterbrechung für die neuen Räumen gewährt werden.

### **Satt an Reutlinger Schulen Chancen am Bildungsstandort Reutlingen**

17.11.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**der für Schülerinnen und Schüler aus Familien in Notlagen bisher gewährte Zuschuss zum Schüler Mittagessen, welcher einen Essenspreis von 1 € ermöglicht, wird solange weitergewährt, bis die vom Bund angekündigte Förderung beschlossen und umgesetzt ist.**

Nach einem SPD-Antrag beschloss der Gemeinderat das 1-Euro-Essen für die Besitzer des Reutlinger Gutscheinhefts. Damit übernahm die Stadt eine Leistung für die eigentlich der Bund zuständig ist.

Die Bundesregierung hat nun angekündigt, dass sie das Mittagessen der betroffenen Schülerinnen und Schüler fördern will. Dies ist längst überfällig. Bis heute ist jedoch nicht klar, wie die Förderung aussehen soll.

Auf allen politischen Ebenen muss darauf hingewirkt werden, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung und die Kostenträgerschaft alsbald übernimmt.

Völlig offen ist auch, ob die angekündigte Förderung bis zum Beginn des Jahres 2011 beschlossen und umgesetzt ist.

Deshalb muss für Familien und Kinder Vorsorge getroffen werden. Auch die Fördervereine kennen das Problem aus der täglichen Praxis. Die Verantwortlichen sind in Sorge und brauchen die Zusage der Stadt.

Der Bund muss zu seiner Verantwortung stehen, ausreichend Geld zur Verfügung stellen und bei der Durchführung ein unbürokratisches Verfahren wählen.

### **Konzept zur öffentlichen Umlegung**

28.11.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**die Stadtverwaltung erläutert dem Gemeinderat das Verfahren zur Umlegung in der Hand der Stadt und zeigt auf, welche Chancen und Möglichkeiten sich dadurch für das öffentliche Interesse unter Wahrung der privaten Eigentümerinteressen bieten.**

Verschiedene Bebauungsplanverfahren haben aufgezeigt, dass die gemeinsamen Interessen der Bürgerschaft im Widerstreit zu den Interessen der Grundstückseigentümer stehen können. Die Herstellung der notwendigen Infrastruktur verursacht bei der Stadt erhebliche Kosten, welche auch von den Beteiligten im Umlegungsverfahren zu tragen sind. Die durch die öffentlichen Planungen ausgelösten neuen Möglichkeiten erlauben den privaten Grundstückseigentümern Planungsgewinne, welche zur Beteiligung an der Finanzierung der Infrastruktur herangezogen werden müssen.

Viele Städte führen deshalb Umlegungsverfahren in der öffentlichen Hand durch. Die beteiligten Grundstücke werden dabei zuvor von der Stadt aufgekauft und die Eigentümer unter Wahrung deren Interessen entschädigt.

Wir beantragen die Darlegung dieser Vorgehensweise und den Vergleich mit der Reutlinger Praxis. Im Hinblick auf anstehende Entwicklungen in der Stadt, z.B. im Gebiet City-Nord, ist zu prüfen, wo ein solches Verfahren angewandt werden sollte.

## **Bebauungsplan Theaterzentrum Planie 20-22**

28.11.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

**auf der Grundlage der vom Architekturbüro Atelier Achatz-Architekten, München für das Quartier Planie/Urbanstraße, 2. Spielstätte des Theaters die Tonne und der optionalen Erweiterung zu einem Theaterzentrum, vorgestellten Planung wird zum städtebaulichen Sanierungskonzept das Bebauungsplanverfahren durchgeführt.**

Bürgerbeteiligung ist in Reutlingen eine geübte Praxis. Im Bebauungsplanverfahren ist diese Beteiligung der betroffenen und interessierten Anwohner und der Öffentlichkeit in einem geordneten Verfahren möglich.

Der Entwurf für das Areal Planie 20-22 wird zur Zeit in der Stadt diskutiert. Alle Theatermacher und die Besucher brauchen bald eine positive Entscheidung. Die Kulturkonzeption muss umgesetzt werden. Das Theater die Tonne und die anderen Theater gehören dazu. Die weitere Verwendung des teilweise entmieteten Geländes muss bald geklärt werden. Leerstehende Räume und unbelebte Gebäudeteile drohen zu verwahrlosen und im Bestand zu leiden. Auch deshalb ist die baldige Klärung notwendig und dies setzt das Beteiligungsverfahren voraus.

### **Interkommunale Leistungserbringung der Städte Reutlingen und Tübingen insbesondere in den Bereichen Rechnungsprüfung sowie Lohn- und Gehaltsabrechnung**

10.12.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die SPD-Fraktion beantragt:

- 1. Die Stadtverwaltung betreibt mit Nachdruck die Zusammenlegung der Rechnungsprüfungsämter der Städte Reutlingen und Tübingen.**
  
- 2. In Abstimmung mit der Tübinger Stadtverwaltung erarbeitet sie Vorschläge für eine gemeinsame Leistungserbringung im Bereich der Lohn- und Gehaltsabrechnung.**
  - a. Dabei wird insbesondere geprüft, welche Voraussetzungen hierzu geschaffen werden müssen,**
  - b. welche Einsparmöglichkeiten für die städtischen Haushalte aus einer Zusammenlegung resultieren können und**
  - c. inwiefern die Einbindung weiterer Kommunen möglich ist.**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert Gespräche mit der Tübinger Stadtverwaltung sowie mit weiteren Kommunen darüber zu führen, in welchen anderen Bereichen eine gemeinsame Leistungserbringung möglich ist und dem Gemeinderat zeitnah zu berichten. Hierzu gehören beispielsweise der EDV-Bereich und die Einrichtung gemeinsamer Lager- und Stellflächen für die Archive.

Der Prozess des Ausbaus der interkommunalen Zusammenarbeit wird von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Reutlinger und Tübinger Gemeinderäte begleitet.

### **Begründung**

Eine interkommunal gemeinsame Leistungserbringung ist möglich in Bereichen, in denen nicht unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen sowie unterschiedliche Philosophien eine Zusammenarbeit verhindern. Sie ist insbesondere dort sinnvoll, wo durch eine größere Bearbeitungsmenge eine effizientere Leistungserbringung möglich ist.

Solche Effizienzreserven sind zu erschließen, um gerade in Anbetracht der strukturell schwierigen kommunalen Haushaltslagen zusätzliche Mittel für Bildung, Betreuung, Jugend, Sport und Kultur zu erwirtschaften.

Die genannten Bedingungen sehen wir vor allem in den Bereichen Rechnungsprüfung sowie Lohn- und Gehaltsabrechnung gegeben. Im Bereich der Rechnungsprüfung kommt hinzu, dass eine größere Unabhängigkeit von einer Stadtverwaltung sogar von Vorteil für die Aufgabenstellung ist.

Der wortgleiche Antrag wird auch von der SPD-Fraktion im Tübinger Gemeinderat eingebracht.

## 2011

### **Werkrealschule im Bildungszentrum Nord und in Orschel-Hagen**

20.02.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

die Landesregierung hat das Konzept der Werkrealschulen auch für einzügige Hauptschulen im ländlichen Raum geöffnet. Damit sind die Bedingungen zur Bildung der Werkrealschule am Bildungszentrum Nord entfallen. Die Stadtbezirke im Nordraum sind auch von der Landesregierung als ländlicher Raum anerkannt, was durch die Gewährung von Fördermitteln der Landesregierung belegt wird.

Damit kann die Hauptschule in Orschel-Hagen erhalten und ein Ausbau zur Werkrealschule beantragt werden.

Die SPD-Fraktion beantragt:

- 1. die Stadtverwaltung beantragt bei der Landesregierung die Bildung einer einzügigen Werkrealschule am Bildungszentrum Nord und die Genehmigung einer einzügigen Werkrealschule in der Schillerschule Orschel-Hagen.**
- 2. Mit allen Beteiligten in den betroffenen Schulen, Schillerschule und Hauptschule BZN, werden die nötigen Schritte eingeleitet, um die Weiterführung der Hauptschule in Orschel-Hagen mit Beginn des nächsten Schuljahrs zu ermöglichen.**

Die Schule vor Ort wurde im Nordraum Reutlingens auf Druck der Landesregierung aufgegeben. Mit der Änderung der Bedingungen können die dabei entstandenen Nachteile ausgeglichen werden. Die Schüler aus Orschel-Hagen müssen nicht mehr unnötige Wege zurücklegen.

Für die Stadt Reutlingen hat die Reform der Landesregierung ein Raumproblem zur Folge. An der Schillerschule Orschel-Hagen werden Räume leer stehen, während im Bildungszentrum Nord nicht genügend Räume vorhanden sind.

Die Veränderung der Situation hat für die Schulen und Schüler und für den Stadthaushalt nur positive Konsequenzen. Deshalb ist eine entsprechende Antragstellung notwendig.

### **Interfraktioneller Antrag**

29.3.2011

An die  
Vorsitzende des Reutlinger Gemeinderats  
Frau Oberbürgermeisterin Bosch  
Rathaus

Reutlingen

### **Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklungskonzept**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

zur Beschlussfassung über die Vorlage 11/017/03 Waldschule Ohmenhausen – Zusammenlegung der Außenschulstelle Dorfschule, Rotdornweg 4 mit der Waldschule, Hornstraße 40 -

bitten wir um Abstimmung über den folgenden Beschlussvorschlag

**Die Entscheidung über die Aufgabe der Außenstelle Dorfschule, GR-Drucksache 11/017/03, wird im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über das integrierte Ortsentwicklungskonzept Ohmenhausen gefasst.**

SPD-Fraktion

Fraktion Grüne und Unabhängige

gez. Helmut Treutlein

gez. Rainer Buck

### **Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklung Ohmenhausen**

04.04.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

der kurzfristig von der FWV vorgelegte Antrag zur Beschlussvorlage über die Aufgabe der Dorfschule Ohmenhausen wurde inhaltlich nicht vorberaten. Deshalb ist es konsequent, diesen in den Gremien, vor allem auch im Bezirksgemeinderat Ohmenhausen, vorzubereiten.

Der Antrag greift drei Themen der integrierten Ortsentwicklung auf und verbindet diese mit der Schließung der Dorfschule.

1. Die Schaffung einer **Ganztageschule in Ohmenhausen** entspricht der Zielsetzung der SPD-Fraktion. Bisher hat dies die Landesregierung abgelehnt. Es kann erwartet werden, dass die neue Landesregierung zustimmt. Hieraus ergeben sich für die Ortsentwicklung Ohmenhausens Fragen, zu denen wir eine kurzfristige Beantwortung zur Vorberatung vor der Beschlussfassung im Bezirksgemeinderat und VKSA sowie Gemeinderat beantragen.

**Wir fragen an:**

- a. Liegt ein schriftliches Konzept der Schule für eine Ganztageschule vor und wurde dies im Bezirksgemeinderat beraten?
  - b. Reicht das Raumangebot in der Waldschule aus, um dort eine Mensa mit Ausgabeküche und Speiseraum einzubauen?
  - c. Welche ungefähren Investitionskosten kommen damit auf die Stadt zu?
  - d. Welche zusätzlichen Betriebskosten entstehen für die Stadt?
2. Der **Standort Waldschule für den fehlenden Jugendraum** vermeidet Konflikte mit Anwohnern. Dieser Vorteil spielt in der Diskussion in Ohmenhausen eine Rolle. Die SPD-Fraktion hat deshalb auch bereits im Doppelhaushalt 2011-2012 hierfür Mittel beantragt. An der richtigen Stelle eingebaut, bestehen für die Jugendarbeit gute Bedingungen mit der Nähe zu den Sporteinrichtungen, zum Freizeitgelände, zum Wald. Um Störungen zu vermeiden, muss dabei ein günstiger Abstand zur Hausmeisterwohnung berücksichtigt werden. Nötig sind ein separater Eingang und Toiletten.

**Wir fragen an:**

- a. Besteht ein ausreichendes Raumangebot in der Waldschule, um zusätzlich einen Jugendraum an der richtigen Stelle ein zu bauen?
- b. Welche ungefähren Investitionskosten entstehen für die Stadt?

3. Die Zusicherung, die **Dorfschule im Eigentum der Stadt** zu behalten, greift einen Teil der integrierten Ortsentwicklung auf. Die Dorfschule kann fehlende örtliche Versammlungsräume aufnehmen. Sollte sie nicht von den Grundschulern belebt werden, dann müssen andere Veranstaltungen stattfinden, um das Ziel einer lebendigen Ortsmitte zu stärken.

**Darum fragen wir:**

- a. Hat in Ohmenhausen mit Bürgerbeteiligung bereits eine zum Inhalt der Ortsentwicklung gehörende Sammlung der notwendigen und fehlenden Räume stattgefunden, über den Umbau und die Bereitstellung der Räume im „alten“ Schulhaus in der Gomaringer Straße 8 durch die GWG hinaus?
- b. Ist es möglich, in der Dorfschule mit einem Umbau einen größeren Versammlungsraum zu schaffen, um kulturelle Veranstaltungen, welche derzeit keine Räumlichkeiten in Ohmenhausen finden, zu ermöglichen?

Es ist sicherlich nicht möglich, die Fragen in der Kürze der Zeit abschließend zu beantworten. Jedoch erwarten wir von der Stadtverwaltung Antworten, welche bei der Vorberatung zum vorliegenden Beschlussantrag zur Dorfschule notwendig sind und in die weitere Diskussion zur integrierten Ortsentwicklung Ohmenhausens einfließen.

**Waldschule Ohmenhausen und Ortsentwicklung Ohmenhausen**

11.04.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

als Konsequenz aus den Antworten der Verwaltung auf unsere Anfrage vom 04.04.2011 beantragen wir in die Beschlussvorlage 11/017/03 in Verbindung mit dem FWV-Antrag die folgenden Punkte anzufügen:

1. **die Waldschule Ohmenhausen legt den Gremien des Gemeinderats das Konzept für eine Ganztageschule vor.**
2. **Die Verwaltung legt ein Konzept zur Einrichtung eines Jugendtreffs in der Waldschule vor und überprüft dies gemeinsam mit dem Bezirksgemeinderat und der Schule.**

**3. Die integrierte Ortsentwicklung Ohmenhausen wird jetzt begonnen. Die Verwaltung legt ein Konzept zur Entwicklung und Beteiligung vor.**

Fraktionen des Reutlinger Gemeinderats

**Antrag**

**Öffnungszeiten der Reutlinger Bäder**

18.04.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

dass Sie als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Reutlingen bei den Stadtwerken Reutlingen darauf hinwirken, dass die täglichen Öffnungszeiten in den Reutlinger Bädern mit den nachfolgenden Ausnahmen unverändert bleiben. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird das Freibad zwei Wochen später geöffnet. Das Achalmbad bleibt während der Schulferien im Sommer geschlossen.

**Maßnahmenkonzept zur Verkehrsberuhigung Oststadt**

18.04.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 4. Die Stadtverwaltung entwickelt ein Maßnahmenkonzept zur weiteren Verkehrsberuhigung in der Oststadt.**
- 5. Insbesondere zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs wird der Neuanschluss der Albstraße im Süden geplant.**
- 6. Die Umsetzung wird finanziell und terminlich vorbereitet und ausgeführt, dass die Maßnahmen vor Fertigstellung der Ortsumfahrung wirksam sind.**

Bis zur Inbetriebnahme des Scheibengipfeltunnels müssen weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Oststadt vorbereitet und baulich umgesetzt sein, um nachteilige Verkehrsverlagerungen zu Lasten der Oststadt von vornherein zu verhindern.

Der Durchgangsverkehr verteilt sich asymmetrisch auf die Fahrtrichtungen, in Süd-Nord-Richtung sind es mit 5000 Fahrzeugen mehr als doppelt so viele als in Nord-Süd-Richtung (2000 Kfz/24 h). Der Neuanschluss im Süden wirkt weniger einladend und damit verkehrsreduzierend.

**Theaterzentrum**

18.04.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung greift einen Vorschlag der Tonne für ein reduziertes Raumprogramm für das Theaterzentrum auf und entwickelt ein Konzept mit einem vergrößerten Anbau für einen gemeinsam zu nutzenden Theatersaal mit bespielbaren Prohebühnen.**

Aus unterschiedlichen Gründen ist das gesamte Achaz-Konzept für ein Theaterzentrum im Gemeinderat nicht mehrheitsfähig. Ein weiteres Abwarten ist nicht möglich. Die Bau- substanz leidet jetzt schon. Das aktive Reutlinger Theaterleben braucht die Umsetzung, damit Reutlingen nicht kulturell verliert. Die Kulturkonzeption muss umgesetzt werden. Deshalb müssen die Vorschläge der Tonne für ein reduziertes Raumprogramm rasch ge- prüft werden. Dieser Vorschlag erlaubt den Gedanken einer Teilung des Grundstücks und damit eine raschere Realisierung. Das reduzierte Raumprogramm ist eine Antwort auf die Frage nach der Finanzierbarkeit.

### **Leistungen aus dem Bildungspaket des Bundes und Gutscheineheft**

01.05.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir fragen an,

Was haben die Verhandlungen der Verwaltung (GR-Drucksache 10/016/14) mit dem Jobcenter Landkreis Reutlingen ergeben,

- a. über die dauerhafte Beauftragung für die Leistungen gem. § 28 Abs. 5 SGB II Mittagsverpflegung?
- b. über die „Auszahlung“ der Leistungen nach § 28 Abs. 6 SGB II „Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ (Bildungspaket) gegen Kostenersatz zum Beispiel über das Gutscheineheft?

**Kinderbetreuung in Reutlingen:  
Bestand sichern, Personal gewinnen**

16.05.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. ein Konzept zu entwickeln, wie der wachsende Personalbedarf im Bereich der Kinderbetreuung erfolgreich bewältigt werden kann. Dabei soll auch dargestellt werden, wie Plattformen wie virtuelle Jobbörsen oder soziale Netzwerke sowie die frühzeitige Vorstellung des Berufsbildes des Erziehers bzw. der Erzieherin schon in Schulen in die Anwerbung von Personal eingebunden werden können.
2. darzustellen, in welchen Einrichtungen der Stadt der Personalbedarf am größten ist, insbesondere auch unter dem Aspekt des Bedarfs der sozialen Betreuung.
3. ein Konzept der Samstags-Betreuung für sozial besonders benachteiligte Kinder in zu definierenden Betreuungs-Stützpunkten zu entwickeln.
4. im VKSA und BVUA darzustellen, in welchen Einrichtungen Sanierungsbedarfe anstehen (insbesondere sanitäre Einrichtungen und Aufenthaltsräume).
5. unter Einbeziehung der Elternvertreter in den Kinderbetreuungseinrichtungen Möglichkeiten zu entwickeln, wie ehrenamtliches Engagement bei der Verbesserung der Bedingungen (Innenausstattung, Zustände in den Gärten) einbezogen werden kann.

### **Begründung:**

Reutlingen leistet viel im Bereich der Kinderbetreuung. Mit dem Ausbau haben wir Maßstäbe gesetzt. Dabei zeigen sich nun die Grenzen. Die Personalsituation ist äußerst angespannt, neue Wege zur Personalgewinnung müssen begangen werden, der Bestand der Einrichtungen muss gesichert sein. Auch zeigt sich, dass es eine vorhandene Anzahl an Kindern gibt, für die eine Betreuung auch am Wochenende ein wichtiger Schritt hin zu einer stabilen Persönlichkeitsentwicklung wäre. Darüber hinaus trifft das ehrenamtliche Engagement auf Widerstand und Bedenken bezüglich der Haftungsrisiken. Dies sollte in Zusammenarbeit zwischen Elternvertreter und Verwaltung ausgeräumt werden.

**Zustand der Bäume in der erneuerten Ringelbachstraße**

22.06.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

mit erheblichem Aufwand wurde die Ringelbachstraße ausgebaut. Die bestehende Allee wurde ergänzt und erneuert. Nach wenigen Jahren stellen wir fest, dass viele der neu gepflanzten Bäume in einem sehr schlechten Zustand sind.

Deshalb fragen wir an:

Welche Ursachen können für den teilweise sehr schlechten Zustand der neu gepflanzten Alleebäume benannt werden?

6. Sind die Baumschäden auf Fehler bei der Pflanzung zurückzuführen und ergeben sich Ansprüche an die Gewährleistung der ausführenden Firma?
7. Von wem wurden die nach der Pflanzung notwendigen Pflegemaßnahmen wie z.B. auch die ausreichende Wässerung durchgeführt? Waren die dafür angesetzten Arbeitszeiten und Kosten ausreichend?
8. Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um den Zustand der Allee in der Ringelbachstraße dauerhaft zu verbessern und das Wachstum der Bäume zu sichern?

**Kreisverkehr Sondelfinger Straße – Storlachstraße - Föhrstraße**

27.06.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung prüft die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes im Bereich der Kreuzung der Sondelfinger Straße mit der Storlachstraße und Föhrstraße und berichtet über die Kosten.**

Im Kreuzungsbereich entstehen immer wieder gefährliche Situationen. Teilweise wird aus Richtung Sondelfingen auf der abschüssigen Vorfahrtsstraße zu schnell gefahren. Zeitweise kommt es zu Rückstau in den Storlach. Ein Kreisverkehr könnte die Verkehrssituation beruhigen und sicherer machen.

### **Luftreinhaltung in Reutlingen und Verkehrslenkung und -steuerung**

27.06.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat über den Stand der Einführung des neuen Verkehrsrechners zur Steuerung der Ampeln in der Stadt. Welche Verbesserungen im Verkehrsfluss konnten bisher erreicht werden?**

Die Bemühungen zur Luftreinhaltung haben bisher keine Erfolge erreicht. Was ist im Bereich der Verkehrsregelung und -steuerung erreichbar?

### **Luftreinhaltung in Reutlingen und umweltfreundliches Heizen mit Holz**

27.06.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung verstärkt über die bisherigen Bemühungen hinaus die Information und Aufklärung der Bürgerschaft über die Möglichkeiten zum umweltfreundlichen Heizen mit Holz insbesondere beim Heizen mit Einzelöfen.**

Ein bisher wenig beeinflusster Anteil der Luftschadstoffe stammt aus Einzelfeuerungen. Es ist nötig, eine Veränderung des Heizverhaltens (z.B. mehr Luftzufuhr) und die Verwendung geeigneten Heizmaterials zu erreichen. Über die bisherigen Bemühungen der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Lsthof hinaus brauchen wir eine aktive Kampagne, welche die Vorteile für alle Reutlinger in den Mittelpunkt stellt. Kontrolle und Verbote nutzen wenig. Wir müssen die Bürger aktivieren und für das Ziel gewinnen.

### **Luftreinhaltung in Reutlingen und Regionalstadtbahn – verstärkte Wahrnehmung der Reutlinger Interessen bei der Planung**

27.06.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung beteiligt sich verstärkt am Planungsprozess der Regionalstadtbahn. Stadtplanung und –entwicklung werden dafür personell verstärkt. Die Stadtverwaltung macht dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Wahrnehmung der Reutlinger Interessen im Planungsprozess zur Regionalstadtbahn. Gemeinderat und Öffentlichkeit brauchen einen Ansprechpartner in Sachen Regionalstadtbahn.**

Reutlingen verzeichnet überhöhte Luftschadstoffwerte. Die Anzahl der Tage mit zu hohen Werten beim Feinstaub wurde in diesem Jahr längst überschritten. Reutlingen hält die EU-Luftreinhalterichtlinie nicht ein. In der Ortsdurchfahrt Ohmenhausen wie in der Lederstraße werden zu hohe Werte erreicht.

Eine teilweise Entlastung der Reutlinger Innenstadt kann mit der Fertigstellung der Ortsumfahrung Scheibengipfeltunnel erreicht werden, weil sich der Verkehr verlagern wird. Dies gilt für die Belastung durch Lastkraftwagen. Eine Verkehrsvermeidung wird dadurch jedoch nicht erreicht.

Reutlingen ist Ziel vieler Berufspendler. Täglich ist dies in der Lederstraße und in der Neue- und Hohestraße in Ohmenhausen zu beobachten. Eine Entlastung kann durch den

Bau der Regionalstadtbahn sowohl in der Lederstraße als auch in Ohmenhausen erreicht werden. Der Schienenverkehr aus dem Echaztal und in direkter Strecke aus Richtung Mössingen nach Reutlingen über Ohmenhausen muss das Reutlinger Ziel sein. Deshalb muss Reutlingen im Planungsprozess zur Regionalstadtbahn seine Interessen aktiv vertreten. Wir müssen die Planreife der Reutlinger Strecken aktiv vorantreiben um bei der Genehmigung der Regionalstadtbahn bald in die Umsetzung gehen zu können.

03.07.2011

## **Antrag/Anfrage**

### **Starkes Marketing**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

das Marketing der Stadt Reutlingen liegt zur Zeit in Händen der StaRT, die der Kultur teilweise beim Konzertbüro, teilweise bei den Kulturtreibenden selbst, zum Teil wird es zur Aufgabe der Geschäftsführung der neuen Stadthalle gehören. Ziel ist es, diese Beteiligten optimal zu vernetzen. Wir fragen deshalb an:

- **Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Beteiligten aktuell?**
- **Welche Schritte wurden bisher unternommen, um die Werbung für Reutlingen als Kulturstadt bestmöglich zu gestalten?**
- **Welche weiteren Schritte sind geplant? In welchen Zeitabschnitten sollen diese realisiert werden?**

### **Absenkung des Gruppenteilers in der Ganztageschule**

06.11.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung macht dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Absenkung des Gruppenteilers bei der Schulkindbetreuung in der Ganztageschule, welcher im Schuljahr 2012/2013 angewendet werden soll.**

Der Teiler für die Gruppenbildung in der Ganztageschule ist zu hoch. Um die Qualität der Betreuung zu erhöhen und um den zusätzlichen Anforderungen bei der Sprachförderung gerecht werden zu können, ist eine Absenkung des Teilers notwendig. Die Fördervereine fordern dies zu Recht. Im Doppelhaushalt 2013/2014 müssen die erhöhten städtischen Kosten finanziert werden.

2012

**Steg Konrad-Adenauer-Straße und Rampe – interfraktioneller Antrag**

An die  
Vorsitzende des Gemeinderats  
Frau Oberbürgermeisterin  
Barbara Bosch  
Marktplatz 22

72764 Reutlingen

Antrag

**Steg Konrad-Adenauer-Straße und Rampe**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen,

**zum Bau eines barrierefreien Übergangs über die Konrad-Adenauer-Straße wird eine Realisierungsstudie mit alternativen Brücken- und Rampenführungen beauftragt. (einschließlich Kostenberechnung)**

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion  
H. Treutlein

WIR-Fraktion  
Dr. U. Stabel

Reutlingen, 27.01.2012

Frau Oberbürgermeisterin  
Barbara Bosch  
Marktplatz 22

72764 Reutlingen

Reutlingen, 31.01.2012

**Interfraktioneller Antrag  
Fußgängersteg Konrad-Adenauer-Straße / Areal Tübinger Tor**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,  
die u.a. Fraktionen stellen folgenden Antrag.

1. Die Verwaltung veranlasst Vorentwürfe und Kostenschätzungen für den Neubau eines Fußgängerstegs über die Konrad-Adenauer-Straße

Zur Ermittlung der Ziele der Nutzer wird eine Befragung durchgeführt.

In den Entwürfen sind Rampenlösungen am Abgang auf der Stadtseite vorzusehen, wobei die Kosten für die Rampenlösungen gesondert auszuweisen sind.

2. Nach dem Abriss des Steges vor dem Tübinger Tor wird schnellstmöglich eine provisorische kostengünstigste Baustellenrampe am Abgang des Steges über die Konrad-Adenauer-Straße in Ergänzung zu der bereits vorgesehenen Baustellentreppe erstellt. Hierbei sind auch Möglichkeiten zur Anmietung einer solchen Rampe zu prüfen.

Der Beschluss über den vorliegenden Antrag beinhaltet den Baubeschluss über die provisorische Baustellenrampe. Die Kosten hierfür dürfen die Summe von 250.000.- € nicht übersteigen.

Die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten am Steg über die Konrad-Adenauer-Straße, die provisorische Baustellenrampe und die Planungskosten werden über die Haushaltsstelle für die Sanierung des Steges (2.6300.9520.000) finanziert.

CDU-Fraktion  
gez.  
Rainer Löffler

SPD-Fraktion  
gez.  
Helmut Treutlein

FWV-Fraktion  
gez.  
Jürgen Fuchs

FDP-Fraktion  
gez.  
Johannes Vohrer

WIR-Fraktion  
gez.  
Werner Schobel

## Vom Verkehr entlasten

27.02.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

Die SPD-Fraktion beantragt:

- 1. Die Stadt Reutlingen beantragt beim Regierungspräsidium Tübingen, die komplette Ortsdurchfahrt Ohmenhausen mit Tempo 30 auszustatten**
- 2. Die Stadtverwaltung führt Tempo 50 ab Kreuzung Neue Straße / Brühlstraße ein und versetzt das Ortseingangsschild entsprechend. Die L 384 zwischen Ohmenhausen und Betzingen wird durchgehend mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h versehen.**
- 3. Die Stadtverwaltung prüft Handlungsmöglichkeiten, im Rahmen der bevorstehenden Mauterhebung für vierspurige Bundesstraßen Lastwagenschleichverkehr durch Teilorte wie Ohmenhausen, Gönningen oder Betzingen durch Durchfahrtsverbote für LKW zu verhindern.**

Begründung:

Nach den Erfahrungen der teilweisen Reduktion des Tempos in der Ortsdurchfahrt Ohmenhausen beklagen die Bürger Lärm durch stark beschleunigende Autos und LKWs an den Übergängen zwischen den Tempozone. Die enge Bebauung des Ortes beginnt jedoch, wie durch Vorort-Begehungen als auch durch Satelliten-Bilder unschwer zu erkennen ist, schon weiter unten im Ort. Eine Tempobegrenzung innerorts ist an Lärmschwerpunkten auch an Durchfahrtsstraßen umsetzbar.

Darüber hinaus steht zu befürchten, dass mit der Zunahme des Mautausweichverkehrs die durch LKW-Verkehre belasteten Straßen durch die Teilorte als Abkürzungstrecken noch stärker belastet werden.

## Koordination der Belegung städtischer Hallen und der Stadthalle

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir fragen an:

**wie wird innerhalb der Stadtverwaltung und mit der Stadthallenbetriebsgesellschaft die Belegung der Hallen durch Vereine koordiniert?**

- a. **Gibt es einen zentralen Planungskalender, aus dem die Möglichkeiten in den unterschiedlichen Räumen ersichtlich sind?**
- b. **Von welchen Stellen werden die unterschiedlichen Räume vergeben?**
- c. **Gibt es für die Vereine eine vorausschauende Frist, bis zu der die Belegung in der Stadthalle vorgemerkt werden muss, um nicht ins Hintertreffen mit kommerziellen Anbietern zu geraten?**
- d. **Ist beim Stadtmarketing oder beim Kulturamt eine Datenbank für geplante und gebuchte Veranstaltungen geplant, um vermeidbare Konflikte erkennen zu können?**

Für Vereine sind neben den Räumen der Stadthalle auch der Spitalhof oder Sporthallen für Veranstaltungen in der Planung. Um zu vermeiden, dass nacheinander unterschiedliche Stellen abgefragt werden müssen, ist ein zentraler Planungskalender sinnvoll. In der Stadthalle soll das Windhundprinzip gelten. Dies kann Vereine jedoch benachteiligen. Um dies zu verhindern, kann eine zeitliche Fristsetzung hilfreich sein.

### **Bebauungsplan Gminderstraße-Gutenbergstraße**

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**für die südliche Randbebauung an der Einmündung der Gminderstraße in die Gutenbergstraße wird ein Bebauungsplan aufgestellt.**

Der an der Einmündung der Gminderstraße in die Gutenbergstraße befindliche Supermarkt ist seit einiger Zeit geschlossen. Das Grundstück spielt im Zusammenhang mit der städtebaulichen Planung im Gebiet City-Nord und der dabei skizzierten Möglichkeit einer Durchbindung der Burkhardt- und Weber-Straße als Entlastung für die Karlstraße eine Rolle. Wenn diese Straßenplanung in eine Verbindung zur Gminderstraße gebracht werden soll, dann müssen die Interessen des soziokulturellen Zentrums Franz.K berücksichtigt werden. Dies ist bei der jetzigen Straßenführung der Gminderstraße nicht möglich. Zur Klärung dieser Frage ist die weitere Verwendung des Eckgrundstücks von Bedeutung. Mit dem Bebauungsplan sollen die Interessen der Stadt gewahrt werden.

### **Sicherheit für Radfahrer auf der Güterbahnhofbrücke**

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung berichtet im Bauausschuss über die Gefährdungssituation für den Radverkehr von der Silberburgstraße in Richtung Sondelfinger Straße beim Überqueren der Güterbahnhofbrücke und entwickelt Maßnahmen zur Entschärfung der Situation einschließlich der Kosten.**

Die Fahrradverbindung von der Innenstadt über die Bahn zum Storlach muss die Güterbahnhofbrücke nutzen. Die uns aus der Bevölkerung vorgetragene Gefährdungssituation braucht dringend Abhilfe.

## Anfrage

### Wartezeiten der Fußgänger an den Ampeln der Innenstadt

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**1. die Stadtverwaltung berichtet im Bauausschuss über Veränderungen der Wartezeiten für Fußgänger im Zug der Umsetzung der neuen Ampelsteuerung.**

Als Fußgänger gewinnt man den Eindruck, dass in der Folge der neuen Ampelsteuerung die Wartezeiten am Wandelknoten oder an der Kreuzung der Karlstraße mit der Silberburgstraße länger geworden sind. Was sind die Ursachen? Die Priorität für den Autoverkehr scheint nachteilige Folgen für die Fußgänger zu haben. Wie kann dies geändert werden?

### Schwerpunkte im Verkehrsentwicklungsplan

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**1. bei der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans werden die folgenden Veränderungsziele angestrebt:**

- a. **Stärkung des Nahverkehrs zu Fuß und mit dem Fahrrad.**
- b. **Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Bus und durch die Entwicklung der Regionalstadtbahn.**
- c. **Entwicklung mehrerer Umsteigepunkte zum Wechsel zwischen Auto, Bus, Bahn, Fahrrad und dem Weg zu Fuß.**
- d. **Planung von Orten für das Car-Sharing und für den Fahrradverleih durch kompetente Betreiber an zentralen verkehrlich relevanten Stellen der Stadt (Mobilitätspunkte).**
- e. **Überprüfung der Geschwindigkeitsregelung auf den Hauptverkehrsstraßen zur Reduzierung der Emissionen von Lärm und Schadstoffen sowie der Verbesserung der Sicherheit.**
- f. **Ausweis von Hauptstraßen, die sich für den Umbau der Straßenraumgestaltung eignen, weg von der Bestimmung durch den Autoverkehr hin zu einer städtebaulichen Gestaltung des zur Verfügung stehenden Raums.**

Mobilität wird sich aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen weiterentwickeln, weg von der primären Orientierung am Auto hin zu einer situationsabhängigen Nutzung unterschiedlicher Formen der Fortbewegung. Dabei muss es ermöglicht werden, dass alle Reutlingerinnen und Reutlinger sich innerhalb eines Mobilitätsverbunds die geeignetste Form der Zielerreichung wählen können. Die Gleichberechtigung der Verkehrsarten muss

hergestellt werden. Die Voraussetzungen für diesen Systemwechsel müssen heute planerisch vorbereitet werden.

### **Verkehrsentlastungskonzepte im Zusammenhang mit dem Scheibengipfeltunnel - vorrangige Bearbeitung**

19.03.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. die Stadtverwaltung bearbeitet vorrangig das Verkehrsberuhigungskonzept Oststadt und die Verkehrsberuhigungskonzepte für Orschel-Hagen und für Sondelfingen. Ein Lkw-Durchfahrtsverbot wird vorbereitet.**
- 2. Die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sollen vor der Eröffnung des Scheibengipfeltunnels umgesetzt sein.**

Die erwarteten Wirkungen des Scheibengipfeltunnels müssen zum Vorteil der Stadt um die verkehrsberuhigenden Konzepte ergänzt werden, um nachteilige Wirkungen möglicher Veränderungen der Verkehrsströme zu verhindern.

### **Spendhausstraße 7 – Neubebauung und Nutzung durch VHS**

05.05.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. die Stadtverwaltung prüft zusammen mit der GWG und der Volkshochschule, ob im Rahmen der Neubebauung der Baulücke Spendhausstraße 7 durch die GWG bisher ausgelagerte Bereiche der Volkshochschule am Standort Spendhausstraße zusammengefasst werden können und welche Kostenvorteile dadurch für die Stadt erzielbar sind.**
- 2. Außerdem wird geprüft, wie in diesem Zusammenhang die Sanierung der angrenzenden historischen Gebäude in der Oberamteistraße durch die GWG durchgeführt werden kann.**

Die Baulücke der Spendhausstraße 7 muss geschlossen werden. Da die Volkshochschule auch in der Stadt einige Angebote in angemieteten Räumlichkeiten durchführt, bietet sich die Chance, mit der Bebauung der Spendhausstraße 7 diese Angebote zusammenzufassen. Weil dadurch Mietkosten an Dritte wegfallen, können durch diese Verlagerung auf Dauer Kostenvorteile für die Stadt entstehen.

Die GWG hat mit der Sanierung der Spendhausstraße 5 in diesem Areal einen sehr guten Anfang in der Sanierung des Areals gemacht. Die Sanierung der weiteren Gebäude bietet sich deshalb an.

### **Sanierung Rathaus**

05.05.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. im nächsten Doppelhaushalt wird eine erste Rate zur Planung und Umsetzung der Sanierung des Verwaltungsgebäudes und der Tiefgarage eingestellt.**
- 2. Der Wettbewerb Quartier Rathaus wird vorbereitet.**

Mit unserem Antrag vom 13.10.2009 hatten wir einen Zehnjahresplan zur Sanierung des Rathauses in Teilabschnitten beantragt (GR-Drs. 09/005/6/). Über diesen Antrag wurde noch nicht entschieden.

In der Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung Rathaus vom 12.05.2010 (GR-Drs. Nr. 10/005/56) hatte die Stadtverwaltung am 21.07.2010 dargelegt, dass sie als nächsten Schritt einen Vorschlag über das weitere Verfahren zur Beratung vorlegen wird. Dies steht noch aus.

Es besteht ein großes öffentliches Interesse an dem Thema, welches nach Fertigstellung der Stadthalle noch dringlicher wird.

Zur weiteren Entwicklung des Themas mit Bürgerbeteiligung und zur Entscheidung über die Fragen der Sanierung des Bestands oder der zusätzlichen Einbeziehung weiterer Nutzungen auf dem Rathausareal ist der Wettbewerb Quartier Rathaus geeignet.

### **Städtebaulicher Wettbewerb Areal Listhalle**

05.05.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. die Stadtverwaltung bereitet den städtebaulichen Wettbewerb zur weiteren Nutzung des Areals der Listhalle vor.**
- 2. Der Abriss der Listhalle wird vorbereitet.**

Es besteht ein großes öffentliches Interesse an der weiteren Verwendung des Listhallenareals. Das Gelände hat ein großes Potential sowohl für öffentliche Nutzungen wie für eine Bebauung mit Wohnungen oder anderen Nutzungen.

In der Öffentlichkeit wird über die weitere Nutzung des Geländes bereits diskutiert. Deshalb ist der städtebauliche Wettbewerb geeignet, um die Beteiligung der Bürgerschaft bei der Entwicklung von Möglichkeiten zur weiteren baulichen Nutzung des Geländes zu sichern und Möglichkeiten zur baldigen Umsetzung zu entwickeln.

### **Weiteres Verfahren Verkehrsentwicklungsplanung**

05.05.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**der Jugendgemeinderat wird an der Beratung zum Verkehrsentwicklungsplan beteiligt. Im ersten Schritt wird der aktuelle Stand des Verkehrsentwicklungsplans im Jugendgemeinderat vorgestellt.**

Im bisherigen Verfahren zum Verkehrsentwicklungsplan wurde der Jugendgemeinderat noch nicht institutionell beteiligt. Da Jugendliche zu einem ganz überwiegenden Teil zum schwächsten Teil der Verkehrsteilnehmer - Fußgänger oder Radfahrer - gehören, entwickeln diese einen eigenen Blick auf die Verkehrssituation in unserer Stadt. Zudem bedeuten die Änderungen durch die Umsetzung neuer Verkehrskonzepte tiefgreifende Einschnitte, die insbesondere für die nächste Generation Wirkung entfalten. Aus diesem Grund sollte der Jugendgemeinderat an der Fortentwicklung intensiv beteiligt werden.

**Bürgerbeteiligung bei der Planung Regionalstadtbahn**

05.05.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept, wie die weiteren Schritte zur Umsetzung der Regionalstadtbahn mit breiter Bürgerbeteiligung gegangen werden können. Dabei sollen auch öffentliche Vorträge von Verkehrsexperten aus den Erfolgsregionen von Regionalstadtbahnen wie Karlsruhe und Heilbronn Teil der Bürgerinformationen sein. In einem ersten Schritt werden die bis heute erfolgten Planungen vorgestellt.**

**Daneben legt die Stadtverwaltung dar, welche Verhandlungen zur Finanzierung von Planung und Bau bisher erfolgreich abgeschlossen werden konnten und welche Schritte hier in den nächsten Monaten folgen.**

Bei der Entwicklung der Regionalstadtbahn stehen wir vor wichtigen Entscheidungen. In den nächsten Monaten zeigt sich, wie dieses für die Verkehrsentwicklung der Stadt und der Region wichtige Projekt fortgeführt werden kann.

Um das Projekt zu einem Erfolg zu machen, ist eine breite Beteiligung und eine Verankerung der Regionalstadtbahn in der Öffentlichkeit notwendig. Bisher wird das Projekt vorwiegend in Verwaltungen und kommunalen Gremien diskutiert. Es hat nicht die nötige öffentliche Aufmerksamkeit.

**Bebauung ehemalige französische Liegenschaften**

10.06.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung berichtet über die Bebauungspläne zur Bebauung der ehemaligen französischen Liegenschaften und bereitet für die noch nicht bearbeiteten Gebiete Bebauungspläne vor.**

Die im Ringelbach noch verbliebenen unbebauten Flächen müssen durch Bebauungspläne für die Bebauung vorbereitet werden. Im Sinne der Wohnungsbaustrategie der Stadt Reutlingen besteht hier Handlungsbedarf.

**Fortführung der für den Stadtteil wirksamen 25%-Stelle Schulsozialarbeit an der Hermann-Kurz-Schule**

19.06.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**zum Erhalt der im Zusammenhang mit dem Projekt Soziale Stadt Tübinger Vorstadt aufgebauten Netzwerke und Strukturen wird die bis 31.12.2012 befristete Stelle von 25 % Schulsozialarbeit an der Hermann-Kurz-Schule erhalten.**

Die Tübinger Vorstadt hat sich durch das Projekt Soziale Stadt positiv entwickelt. Zentrum und Schnittstelle dieser Entwicklung ist die Hermann-Kurz-Schule. Die Schulsozialarbeit erreicht niederschwellig Familien und Kinder und kann über die Schule hinaus die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil fördern und begleiten. Insbesondere die Jugendlichen können erreicht werden, welche in Folge des Wegfalls der Hauptschule an der Hermann-Kurz-Schule keine Kontaktmöglichkeit im Stadtteil mehr haben. Diese Entwicklungsmöglichkeiten werden durch die Reduzierung zum Jahresende deutlich eingeschränkt, was sich negativ auf die erreichten Chancen für die Familien im Stadtteil auswirkt. Durch die Erhaltung der Stelle wird dies verhindert.

**Fortführung von Stadtteilbüro und Gemeinwesen orientierter Arbeit in der Tübinger Vorstadt**

19.06.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die im Zusammenhang mit dem Projekt Soziale Stadt Tübinger Vorstadt aufgebauten Netzwerke und Strukturen werden erhalten.**

- 1. Das Stadtteilbüro als neutraler Ort der Vernetzung und Zentrum der Begegnung und Beratung sowie als Ort der gemeinwesen- und stadtteilorientierten Sozialarbeit wird fortgeführt.**
- 2. Die am Gemeinwesen orientierten Arbeit wird in den bewährten Strukturen der beteiligten Fachämter (Amt für Schulen, Jugend und Sport / Referat für Migration / Sozialamt) mit einem Stellenumfang von 0,2 Vollzeitkräften zum Quartiersmanagement und zur Betreuung älterer Jugendlicher (Cliquenbetreuung und aufsuchende Arbeit) fortgesetzt.**

Durch das Projekt Soziale Stadt hat in der Tübinger Vorstadt eine positive Entwicklung begonnen. In Anbetracht der weiterhin schwierigen sozialen Strukturen ist eine Fortsetzung der Gemeinwesen- und Netzwerkarbeit notwendig. Dabei ist der Bedarf bei den deutschen und ausländischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter 25 Jahren besonders hoch. Die in den vergangenen Jahren von der Schulsozialarbeit Hauptschule an der Hermann-Kurz-Schule geleistete Arbeit mit Jugendlichen endete mit der Schließung der Hauptschule und dem Auslaufen des Projekts Soziale Stadt. Eine Fortsetzung ist notwendig. Als Ort der Vernetzung und der Gemeinwesen orientierten Sozialarbeit ist das Stadtteilbüro be-

reits vorhanden und muss erhalten werden. Das Stadtteilbüro hat sich zum Treffpunkt für Familien entwickelt. Es leistet damit eine wichtige notwendige soziale Funktion im Stadtteil.

### **Fußgängerzone in der Metzgerstraße**

23.07.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**Die Fußgängerzone in der Metzgerstraße wird erweitert. In einem ersten Schritt wird die Zone bis zum Ende des Weibermarkts ausgedehnt.**

Die Einrichtung der Fußgängerzone in der Wilhelmstraße, in der Katharinenstraße und in angrenzenden Straßen ist eine Erfolgsgeschichte für Reutlingen. Die Attraktivität unserer Altstadt wurde gesteigert. Die Straßen der Altstadt sind Aufenthaltsort, Treffpunkt, zentraler Ort für das Einkaufen, sie sind der lebendige Mittelpunkt unserer Stadt. Nachbarstädte beneiden uns um diese Erfolgsgeschichte.

Die Altstadt ist umgeben von einer ausreichenden Zahl an Parkhäusern für Beschäftigte, Kunden und Besucher unserer Stadt. Auch darin werden wir von anderen Städten beneidet. Mit der Steuerung der Ansiedlung des Handels in der Stadt durch das Märkte- und Zentrenkonzept stärken wir den Einkaufsstandort Reutlingen. Dies muss sich auch im Märkte- und Zentrenkonzept und im Regionalplan der Region Neckar-Alb wiederfinden.

Reutlingens Altstadt hat eine gestiegene Attraktivität als Wohnstandort. Die Sanierung des Häuserbestands durch private Eigentümer spiegelt dies wieder und trägt dem Zuzug in die Altstadtquartiere Rechnung.

Die Sanierung des Altstadtbodens in der Wilhelmstraße hat sichtbare Verbesserungen der Attraktivität unserer Altstadt gebracht, welche sich sehr positiv auf die Handelsentwicklung in der Stadt auswirkt. Mit der Erweiterung der Fußgängerzone schaffen wir die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Handelsstandorts Reutlingen.

Wegen Bautätigkeit wurde der Abschnitt der Metzgerstraße auf Höhe des Spitalhofs für den Verkehr mit Tempo 10 geöffnet. Die Folge ist ein vermehrter Verkehr in der Metzgerstraße, welcher den Interessen unserer attraktiven Altstadt zuwiderläuft, den Wohninteressen widerspricht und auch den Handelsinteressen schadet. Deshalb muss dieser Zustand so schnell wie möglich beendet werden.

### **Beschleunigung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt.**

23.07.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. die Stadtverwaltung beschleunigt die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt, um die negativen Folgen der Parkraumbewirtschaftung Oststadt durch die Abwanderung der Dauerparker in andere Stadtviertel zu beenden.**

- 2. Der Park&Ride-Platz am Südbahnhof wird im Sinne der Sicherheit der Nutzer und der Steigerung der Attraktivität umgebaut. Es wird geprüft, ob am Park&Ride-Platz eine Station zur Ausleihe von Mieträdern oder auch Pedelecs eingerichtet werden kann.**

In der Gemeinderatsdrucksache 12/022/02 stellt die Stadtverwaltung den Zeitplan dar, in dem die Parkraumbewirtschaftung auf die weiteren angrenzenden Stadtviertel ausgeweitet wird. Dieser Zeitplan muss im Interesse der Betroffenen verkürzt werden.

Der Umstieg vom Auto aufs Fahrrad muss attraktiver gemacht werden. Dem kann die Einrichtung einer Verleihstation dienen, bei welcher die Pendler ein Rad ausleihen, um den Weg zur Schule, zum Arbeitsplatz oder zum Einkaufen in der Innenstadt bequem und umweltfreundlich zu bewältigen. Bei Erfolg der Maßnahme kann dies auch aus anderen Richtungen zur Stadt erweitert werden.

### **Gemeinschaftsschulen in Reutlingen – Eduard-Spranger-Schule und Gerhard-Hauptmann-Schule gemeinsam mit der Hermann-Hesse-Schule**

23.07.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 1. die Stadtverwaltung bereitet die notwendigen Beschlüsse des Gemeinderats vor zur Beantragung der Einrichtung der Gemeinschaftsschule an der Eduard-Spranger-Schule zum 1.10.2012 beginnend mit Klasse 5 im Schuljahr 2013/2014.**
- 2. Zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule im Verbund der Gerhard-Hauptmann-Schule mit der Hermann-Hesse-Schule entwickelt die Stadtverwaltung die baulichen Voraussetzungen und macht dem Gemeinderat einen Vorschlag zum Start der Gemeinschaftsschule beginnend mit Klasse 5 zum Schuljahr 2014/2015.**

Die Gremien der Eduard-Spranger-Schule haben die notwendigen Beschlüsse zur Beantragung der Gemeinschaftsschule gefasst. Eltern, Schüler und Lehrer wollen für ihre Schule den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen gehen. Die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler sollen sich verbessern. Für die mehrfach ausgezeichnete Eduard-Spranger-Schule ist der Weg der Entwicklung zur Gemeinschaftsschule eine Bestätigung der über lange Jahre erfolgreichen Schulentwicklung. Der Gemeinderat muss die sich aus den Schulen entwickelnden Bewegungen unterstützen und eine Umsetzung zum nächst möglichen Termin beschließen. Angesichts der vorhandenen räumlichen Voraussetzungen und des auch dem Gemeinderat vorgestellten pädagogischen Konzepts ist eine Antragstellung bis zum 1. Oktober 2012 möglich.

Die Schulleitungen der Gerhard-Hauptmann-Werkrealschule und der Hermann-Hesse-Realschule haben dem Gemeinderat gemeinsam ein sehr überzeugendes Konzept für eine Gemeinschaftsschule im Reutlinger Norden vorgestellt. In der Zusammenarbeit der benachbarten Schule liegt ein ganz besonders wertvolle Chance zur Entwicklung einer Gemeinschaftsschule. In den Schulen müssen jedoch die baulichen Voraussetzungen zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule erst noch geschaffen werden. Differenzierungsräume müssen eingerichtet werden um den Schwerpunkt für das individuelle Lernen umsetzen zu

können. Hierfür müssen die baulichen Grundlagen ausgearbeitet werden. Die finanziellen Folgen sind zu klären und die notwendige Schulbauförderung muss beantragt werden.

Deshalb beantragen wir die Erarbeitung der Voraussetzungen zu einer baldigst möglichen Umsetzung der vorgelegten Konzepte der beiden Schulen. Die Gremien der Hermann-Hesse Realschule haben die notwendigen Beschlüsse bereits gefasst. Die Gerhard-Hauptmann-Schule ist gegenwärtig dabei, die Beschlüsse zu fassen. Der Gemeinderat muss die in den Schulen vorhandene Kraft und den Willen zur Schulentwicklung im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Bildungschancen in der Stadt unterstützen und die Einrichtung der Gemeinschaftsschule im Storlach ermöglichen.

Es ist für die Stadt Reutlingen und die Bildungschancen unserer Jugend eine große schulische Entwicklungschance, wenn sich drei städtische Schulen auf den Weg machen, das Lernen und Arbeiten in der Schule weiter zu entwickeln. Es ist Reutlinger Tradition die Initiativen an den Schulen zu unterstützen. Diese Initiativen sind ein wichtiger Faktor für das Gelingen der Schulentwicklung. Die Entwicklung der Schulen von unten ist für den Erfolg der Schulentwicklung von großer Bedeutung und unterscheidet sich wohltuend von der von oben verordneten Neuausrichtung der Schulen. Von der Landesregierung fordern wir gleichzeitig, dass die noch ausstehenden Rahmenbedingungen bei der Finanzierung des Schulbaus und der Raumausstattung der Gemeinschaftsschulen, umgehend geschaffen werden.

Fraktionen des Gemeinderats der Stadt Reutlingen

Interfraktioneller Antrag

16.10.2012

### **Nutzung der Dorfschule Ohmenhausen für die Vereine und die Volkshochschule**

Sehr geehrte Frau Bosch,  
wir beantragen,

**die Räume im Erdgeschoss, im 1. und 2. Obergeschoss der Dorfschule Ohmenhausen werden den Vereinen und der Volkshochschule Reutlingen zur Nutzung überlassen. Die Stadtverwaltung schließt mit der Volkshochschule und den Vereinen eine Nutzungsvereinbarung ab.**

Mit dem Beschluss des Gemeinderats zur Schließung der Dorfschule war die Zusage verbunden, die Dorfschule künftig für andere bürgerschaftliche Zwecke nutzen zu können. Der Bezirksgemeinderat hat einstimmig das von der Volkshochschule vorgelegte Nutzungskonzept für Vereine und Angebote der Volkshochschule beschlossen. Die von der Stadtverwaltung erwogene Teilnutzung im Erdgeschoss für Jugendräume ist damit nicht verträglich. Die Jugendräume können weiterhin im Untergeschoss verbleiben bis, entsprechend dem Antrag des Bezirksgemeinderats, ein neuer Standort für Jugendräume gefunden ist. Dabei ist zu prüfen, ob eine Lösung gemeinsam mit der GWG Reutlingen möglich ist.

### **Schulentwicklungsplanung**

15.10.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**Die Stadtverwaltung beginnt eine Schulentwicklungsplanung für das gesamte Stadtgebiet und bringt diese in die Beratungen des Gemeinderats, der Bezirks-gemeinderäte und des Schulbeirats ein.**

Die absehbare demographische Entwicklung wird eine Verringerung der Schülerzahlen zur Folge haben. Qualifizierte Bildung und Betreuung erfordert eine rechtzeitige Planung der Veränderungen. Dabei ist die Sicherung wohnortnaher Grundschulstandorte und leistungsfähiger Sekundarschulstandorte ein wichtiges Planungskriterium. Der Beratungsprozess muss unter Beteiligung aller Betroffenen sorgfältig vorbereitet werden und damit die Schulbildung in Reutlingen zukunftsfähig machen.

**Interkommunales Gewerbegebiet am Südbahnhof**

15.10.2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

- 3. Die Stadtverwaltung berichtet über die Gespräche, welche mit Pfullingen und Eningen über ein gemeinsames Gewerbegebiet am Südbahnhof geführt wurden. Dabei bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:**
  - a. Welche Ziele verfolgen unsere Nachbarn im Bereich des Südbahnhofs?
  - b. Wie wird ein gemeinsames Gewerbegebiet beurteilt?
  - c. Gibt es bei den Nachbarn eine Diskussion im Gemeinderat hierüber und gibt es Beschlüsse hierzu?
  - d. Welche Hindernisse gibt es?
  
- 4. Die Stadtverwaltung sucht mit Pfullingen und Eningen das Gespräch zur Vereinbarung eines gemeinsamen Gesprächs der Gemeinderäte bzw. eines Ausschusses der Gemeinderäte über ein gemeinsames Gewerbegebiet am Südbahnhof.**

Der Südbahnhof ist ein traditioneller Standort für Industrie und Gewerbe auf den Gemarkungen von Reutlingen, Pfullingen und Eningen. Der Strukturwandel hat diese Nutzungen verändert und Firmen mussten schließen.

Mit der Eröffnung des Scheibengipfeltunnels wird die Verkehrsanbindung des Standorts erheblich verbessert. Dies ist ein gewichtiger Grund für die gewerbliche Nutzung der vorhandenen und ergänzenden Flächen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ansiedlung von Gewerbe ist im Interesse aller Partner. Die Umwandlung in Handelsflächen ist nicht zukunftsfähig und widerspricht dem Märkte- und Zentrenkonzept, welches die Sicherung der lebendigen Innenstädte zum Ziel hat.

Darüber wollen wir mit unseren Nachbarn sprechen.

Mit unserem Antrag von 23.11.2007 zu diesem Thema wollten wir die Auseinandersetzung darüber in Gang bringen. Die bisherigen Auskünfte der Stadtverwaltung im Finanzausschuss sind hierzu aus unserer Sicht unbefriedigend.

**Gemeinsamer Antrag  
der SPD-Fraktionen in den Städten und Kreisen Reutlingen und Tübingen,  
des Zollernalbkreises sowie des Regionalverbandes:**

**Regionalstadtbahn voranbringen**

21.01.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen

3. Die Verwaltungen, die die Planungsgruppe "Regionalstadtbahn" bilden, informieren ihre zuständigen Gremien umgehend, offiziell und umfassend über die Ergebnisse ihres Treffens am 7.12.2012.
4. Die Verwaltungen werden beauftragt, ihren zuständigen Gremien
  - a. zeitnah die entsprechenden Verhandlungsaufträge mit Bund und Land sowie Zeit- und Finanzierungspläne zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen
  - b. einen Vorschlag zu unterbreiten, wie eine optimale Bürgerbeteiligung bei diesem Großprojekt aussehen könnte.

Begründung:

Seit der gemeinsamen Presseerklärung der Verwaltungen wird in der Öffentlichkeit über die Entwicklungsmöglichkeiten der Regionalstadtbahn diskutiert. Die zuständigen Gremien sind jedoch bis heute noch nicht über den aktuellen Stand der Planungen informiert. Um die nächsten Schritte gehen zu können, ist eine umfassende und transparente Darstellung des Sachverhaltes notwendig.

**Parkraumkonzept für Orschel-Hagen**

20.02.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen

**Die Verwaltung erstellt ein Parkraumkonzept für Orschel-Hagen.**

Begründung:

Seit der Entstehung von Orschel-Hagen hat sich die Zahl der Fahrzeuge deutlich erhöht. So gibt es zu wenige Stellflächen für die vorhandenen Fahrzeuge. Dies führt zu regelwidrigem Parken, was immer wieder zu gefährlichen Situationen führt. Eine Überprüfung der Situation ist im Rahmen der Planungen für die Verkehrsberuhigung sinnvoll.

**Einrichtung einer Dauerausstellung im Haus am Gerbersteg,**

**Willy-Brandt-Platz 21, zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft**

25.02.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen

**Im städtischen Gebäude am Gerbersteg, heute Willy-Brandt-Platz 21, wird eine Dauerausstellung zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eingerichtet.**

Begründung:

An dem städtischen Gebäude am Gerbersteg, Willy-Brandt-Platz 21, wurde 2007 eine Tafel zur Erinnerung an die Sinti-Familie Reinhardt angebracht, welche dort bis zu ihrer Deportation nach Auschwitz am 15. März 1943, gewohnt hatte. Familie Reinhardt und weitere damals in der Stadt lebende Sinti und Roma wurden, wie zahlreiche Reutlinger Juden, Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns.

Das zwischenzeitlich gastronomisch genutzte Haus steht seit längerer Zeit leer. Auf Grund der beengten Räumlichkeit ist eine sinnvolle gastronomische Nutzung nicht möglich.

Das Haus kann sehr gut als Erinnerungsstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft genutzt werden. Eine Dauerausstellung des Heimatmuseums kann diese Erinnerung bewahren. Die Ausstellung kann dann im Rahmen von Stadtführungen oder zu besonderen Anlässen besucht werden.

**Vorrang für Fußgänger beim Zugang zum Stadtzentrum**

05.03.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen

- 4. Die Fußwegeverbindungen zum Stadtzentrum werden überprüft mit dem Ziel, die Wegeführung so umzugestalten, dass überall Fußgängerwege vorhanden sind.**
- 5. Der Gemeinderat beschließt den Vorrang für Fußgänger bei der Überquerung der Hauptstraßen, welche das Stadtzentrum von den umliegenden Stadtvierteln trennen.**

Begründung:

Die Verkehrsführung im Stadtzentrum von Reutlingen ist immer noch vom Vorrang für den Autoverkehr geprägt. An einigen Stellen fehlen sogar Gehwege, so z.B. vor dem Rathaus entlang der Lederstraße oder an der Adenauerstraße. Die Hauptstraßen bilden im südlichen Teil der Innenstadt immer noch einen Sperrriegel für die Fußgänger. Längst wird weltweit der Vorrang für die Fußgänger in den Stadtzentren durchgesetzt. Die Überquerung der großen Straßen in einem Zug ohne Aufenthalt auf Mittelinseln ist das entscheidende

Merkmal einer auf die Fußgänger setzenden Stadtentwicklungspolitik. Die Begegnung der Menschen bestimmt die Qualität der modernen lebendigen Stadt. Deshalb müssen die Wege der Fußgänger Vorrang vor den Mobilitätsinteressen des motorisierten Verkehrs erhalten.

### **Kurzstreckentarif im Stadtverkehr**

18.03.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung stellt dar, welche Alternativen es im Rahmen des Naldo gibt, neben der Wiedereinstiegsregelung einen Kurzstreckentarif in der Stadt einzuführen.**

Der Stadtbus ist attraktiv auch auf der Kurzstrecke. Aus der Bevölkerung wird ein solches Kurzstreckenticket immer wieder gefordert. Ein preisgünstiges Kurzstreckenticket kann den Umstieg auf den Bus unterstützen.

### **Zeitplan zur Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt.**

18.03.2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir beantragen:

**die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat einen Zeitplan für die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt vor.**

Die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in Schritten hat zur Folge, dass in angrenzenden Gebieten verstärkter Parkdruck entsteht. Dies hat für die Anwohner erhebliche Belastungen zur Folge. Wir brauchen einen Zeitplan, damit die Betroffenen wissen, wann Verbesserungen eintreten werden.

## Index

2. Spielstätte Die Tonne ..... 2, 32, 33  
3-Feld-Sporthalle..... 20  
Ambrosia ..... 23  
Arbeiterbildung ..... 31  
Ausländerrats..... 1, 13, 14, 17, 22, 24  
Ausländerratswahl ..... 21  
Bebauungsplan ..... 2, 3, 9, 24, 39, 43, 60  
Beschäftigung bei der Stadtverwaltung..... 12  
Bildungspaket des Bundes ..... 50  
Bildungszentrum Nord ..... 45  
Carl-Diem-Halle..... 1, 2, 6, 7, 20  
City Nord..... 2, 31  
Dorfschule Ohmenhausen ..... 68  
ehemalige französische Liegenschaften ..... 64  
Einzelhandelsgutachten ..... 1, 4, 6  
Erhöhung der Parkentgelte und Parkgebühren  
..... 29  
Erinnerung an die Opfer ..... 71  
Erweiterung Orschel-Hagen Süd.... 1, 2, 16, 26  
Fortbildungen ..... 19  
Frankonenstollen ..... 27  
Frauzentrum..... 41  
Fußgänger..... 3, 4, 14, 61, 64, 71, 72  
Fußgängerzone in der Metzgerstraße ..... 66  
Ganztageschule ..... 3, 47, 48, 56  
Gemeinschaftsschulen ..... 3, 67, 68  
Generalverkehrsplan..... 40  
Gewerbsteuer ..... 2, 28, 30  
Grundsteuer ..... 2, 28  
GWG ..... 2, 15, 16, 19, 20, 26, 48, 62, 69  
Historischen Gebäudebestand ..... 37  
Hotel auf dem Bruderhausgelände ..... 32  
Ideenwettbewerb City-Nord ..... 1, 4, 6  
Industriemuseum ..... 1, 2, 4, 41  
Integrationskonzept ..... 1, 2, 11, 16, 17, 24, 37  
Integrationsrat..... 1, 2, 14, 22, 35, 36, 37, 38  
Interkommunale Leistungserbringung ..... 44  
Interkommunales Gewerbegebiet..... 69  
Internetzugänge ..... 11  
Kinderbetreuung in Reutlingen ..... 51  
Kindertagesbetreuung..... 1, 15, 16  
Kreisverkehr Sondelfinger Straße ..... 52  
Kurzstreckentarif..... 72  
KZ-Opfer..... 2, 24, 25  
Listhalle ..... 2, 3, 24, 63  
Luftreinhaltung ..... 3, 29, 53, 54  
Marketing..... 55  
Mietwohnungsbau..... 19  
Mittagessen für 1 Euro..... 15  
Nachtragshaushalt..... 26  
Nahversorgung..... 1, 15, 16  
Namensgebung neue Sporthalle im Storlach .. 7  
öffentlichen Umlegung ..... 42  
Öffnungszeiten der Reutlinger Bäder ..... 49  
Ortsdurchfahrt Ohmenhausen mit Tempo 30/50  
Parkraumbewirtschaftung..... 2, 3, 4, 27, 28, 67, 72  
Planie 20-22 ..... 2, 32, 33, 41, 43  
Radfahrentwicklungsplan ..... 1, 10  
Radfahrer ..... 3, 60, 64  
Rathaus.. 2, 3, 12, 18, 19, 23, 25, 33, 46, 63, 72  
Rathausareals ..... 1, 17, 18, 33  
Rathauses ..... 1, 12, 18, 19, 20, 63  
Regionalstadtbahn..... 3, 54, 55, 61, 64, 70  
Ringelbachstraße..... 52  
Rommelsbach..... 1, 15, 16  
Satt an Reutlinger Schulen..... 42  
Scheibengipfeltunnel ..... 1, 3, 8, 55, 62  
Schulentwicklungsplanung ..... 69  
Schulsozialarbeit..... 3, 65, 66  
Sonderschulen ..... 2, 25, 26  
Soziale Stadt ..... 2, 39, 40, 65, 66  
Spendhausstraße 7..... 62  
Spracherwerb, Sprachkompetenz und  
Schulerfolg..... 5  
Stadthalle ..... 3, 24, 32, 34, 55, 59, 60, 63  
Stadtverkehrs ..... 36  
Steg Konrad-Adenauer-Straße und Rampe.... 3,  
56  
Theaterzentrum ..... 2, 3, 32, 43, 50  
Tübinger Vorstadt..... 2, 3, 36, 39, 40, 65, 66  
Verbreiterung des Fußgängerüberwegs ..... 13  
Vergnügungssteuer ..... 2, 29, 30  
Verkehrsberuhigung Oststadt ..... 49  
Verkehrsentwicklungsplan..... 3, 61, 64  
Verkehrsentwicklungsplanung..... 3, 63  
Waldschule Ohmenhausen..... 3, 46, 48  
Walter-Gropius-Platz ..... 31  
Wartezeiten der Fußgänger..... 61